

Sächsische Arbeiter-Zeitung

Organ zur Wahrung der Interessen der Arbeiterklasse.

Mr. 210.

Dresden, Dienstag den 10. September 1907.

18. Jahrg.

Zur Landtagswahl! Zum Wahlrechtskampf!

Obwohl die Landtagswahlen unmittelbar bevorstehen, obwohl die entrechtete dritte Wählerklasse schon am 11. September an die Urne treten soll, macht sich allenthalben noch Ruhe und Gleichgültigkeit unter den Wahlberechtigten aus dem werktätigen Volle bemerkbar. Mehr als früher scheint bei dieser Wahl die Erkenntnis lähmend auf die Wahlbeteiligung einzutreten, daß wir unter dem herrschenden Geldsackwahlsystem jedes Einflusses auf die Zusammensetzung der zweiten Kammer beraubt sind. Das ist es aber gerade, was die Wahlrechtsordner herbeiwünschten. Sie wollten die Muße des Kirchhofs; sie wollten die unbehagliche Opposition gegen ihre schmachvolle Wirtschaft los sein. Deshalb wurde die Volksentredung im Jahre 1896 vollzogen. Wollen wir den sächsischen Volksfeinden wirklich die ersehnte Ruhe bringen, wollen und dürfen wir ihnen auch noch die ersehnte Gelegenheit bieten, ihrer reaktionären Sonderpolitik mit Gemälichkeit nachgehen zu können? Das soll und darf nicht eintreten. Nicht lähmen dürfen wir uns durch den Wahlrechtsraub lassen, reaktionäre Schandtaten dieser Art müssen für uns alle ein Ansporn zu regeliger Tätigkeit, zu um so energischeren Vorstößen gegen die Koalition der Wahlrechtsfeinde sein.

Oder lohnt es nicht, einen Kampf um den Einfluß des werktätigen Volkes im Landtage zu führen? Ist der Landtag bedeutungslos, sind seine Aufgaben nebenstehlich? Leider herrscht diese Meinung vielfach. Sie beruht aber auf einem Irrtum. Eine Fülle von Macht ist den Eingelstaaten geblieben. Da, wir sehen, daß die Handhabung der Staatsgewalt zum größten Teil ihnen noch belassen ist. Polizei, Justiz, die gesamte Verwaltung — alles ruht noch in den Händen der Bundesstaaten. Und haben wir uns nicht gerade gegen Polizei und Justiz in erster Linie wenden müssen? Werben von diesen Stellen aus nicht gerade die schlimmsten Schläge gegen unsere politische Bewegungsfreiheit, gegen das Volkes Rechte geführt? Wie hat man die Arbeiterschaft gerade in Sachsen gemäßregelt. Man denke an das Vorgehen der Polizei im Verzweiflungskampf der Crimmitshauer Weber, an viele andere Eingriffe bei Streiks, an die zahlreichen Versuche, uns das Koalitions- und das Versammlungsrecht zu durchlöchern. Und ist es nicht gerade Sachsen, wo die schlimmsten Auswüchse der Justiz im Klassenstaate zutage traten? Zahlreiche Streitsachen, die Verfolgung der Wahlrechtsdemonstranten und vor allem der unvergeßliche Lössauer Buchthausprozeß sind empörende Beweise für die Verfolgungen, denen die aufrechte Arbeiterschaft von jener Seite ausgesetzt war.

Die Landtagstribüne ist die Stätte, von der aus der Kampf gegen dieses Treiben in erster Linie geführt werden muß. Von hier aus haben wir die Möglichkeit, die Regierung zur Rechenschaft zu fordern, die Kritik rücksichtslos zu handhaben und die Interessen und

Wichtige Kulturaufgaben haften im sächsischen Landtage der Wirklichkeit sozialdemokratischer Vertreter. Wir müssen uns darauf beschränken, hier kurz darauf hinzuweisen. Vor allem ist die **Volksschule** heute noch Sache der Einzelstaaten und der Gemeinden. Urge, unerträgliche Wirkstände haben sich hier herausgebildet, gegen die früher sozialdemokratische Landtagsabgeordnete leider vergeblich angelämpft haben. Noch immer herrscht in Sachsen in Gestalt des **Schulgeldes** eine der **schlimmsten Kopfsteuern**, durch die gerade die finanzschwächsten Arbeitersfamilien am ärtesten belastet werden, noch immer müssen die Gemeinden für die Schullasten aufkommen, obwohl viele unter dem Drucke beinahe zusammenbrechen und doch nicht das nötigste für ihre Volksschulen, für Ausbildung der heranwachsenden Generation tun können. Unsere Forderung: Ausreichende Staatshilfe für die Schule, ist noch immer unverfügt.

Aus denselben Gründen liegt die Armenpflege in Sachsen vielfach im Argen. Schwer werden viele arme Gemeinden Sachsen's von den Armenlasten bedrückt und doch können sie kaum das Notwendigste für die Armenstien tun. Heute noch mutet man in diesen Orten den armen Einwohnern zu, für die Hilflosen und Schwachen selbst aufzukommen, obwohl sie selbst der Hilfe dringend bedürfen. Ein Notschrei im wahrsten Sinne des Wortes war es, als die letzte sozialdemokratische Landesversammlung beschloß, die Übernahme der Armenlasten auf den Staat als besonders dringend zu fordern.

Urhaltbare Zustände herrschen in Sachsen in den meisten Gemeinden, weil ihnen der Staat die Pflicht zuschiebt, die finanziellen Lasten der wichtigsten Kulturaufgaben zu tragen, ist doch gerade in den **armen Gemeinden** die Steuerkraft in unverantwortlicher Weise überlastet worden. 300 bis 400 Prozent des Staatseinkommen-Steuer-Betrages müssen hier vielfach an Gemeindesteuern erhoben werden, während die Villenorte und reichen Bauerdörfer mit 50 Prozent und weniger weggelassen. Nichts ist von der jüngsten Mehrheit im Landtag getan worden, diesen schreienden Widerstand, der immer unerträglicher wird, zu beseitigen. Hohnschein hat

Vergessen wir auch nicht, daß Bergarbeiter und Dienstboten noch unter dem Drucke rücksichtiger Gesetze leußen, die an mittelalterliche Zustände erinnern. In den Staatsbetrieben Sachsen sind viele Tausende von Arbeitern beschäftigt, die ungereinigend entlohnt sind, die in unerhörter Weise bevormundet werden, und denen man das Koalitionsrecht genommen hat. Diese unsere Arbeitsbrüder im Staatsdienste sind der Willkür der herrschenden Eliten im Staat ausgesetzt. Sie sind ohne Schutz überlassen, wenn nicht eine

starke sozialdemokratische Vertretung im Landtage für ihr Wohl sorgt und die
Wirkstände gezielt, deren sie ausgelebt sind.

Seit Jahren erinnert uns der Druck eines Steuerzuschlages von 25 Prozent daran, wie wichtig und einschneidend die sächsische Finanzwirtschaft für das Volk werden kann. In unverantwortlicher Weise hat hier die konservativ-nationalliberale Mehrheit gewirtschaftet. Eine gewaltige Schuldenlast, die fast den ganzen Ectrag der Einkommensteuer aufgezehrt, ist uns dadurch aufgebürdet worden. Die sächsischen Finanzen sind unter dieser Herrschaft so zerstört worden, daß nur die verwegene Sparerei uns vor einem Steuerzuschlag von 50 Prozent nördürftig bewahrt hat. Aber diese Sparerei ist durchgeführt worden auf Kosten des Verkehrs, der unteren Beamten, der Rechtspflege, der Kulturaufgaben überhaupt. In der Zeit größter Arbeitslosigkeit, wo es die Aufgabe des Staats gewesen wäre, für Arbeitsgelegenheit zu sorgen und dadurch den Notstand zu mildern, hat man, vom verwerflichsten Sparsatire befehlt, Staatsbauten eingestellt oder weit hinausgeschoben und dadurch die Not der Arbeitslosigkeit verschärft.

Es ist unmöglich, in diesem engen Rahmen ein Bild der Landtagsaufgaben und der Sünden der herrschenden Mehrheit zu geben. Aber das Angeführte zeigt uns wohl, daß schon die große Bedeutung der sächsisch-politischen Fragen uns einen Kampf um Einfluss und Mitrederecht gebieterisch zur Pflicht macht. Und das um so mehr, weil diese wichtigen Aufgaben jetzt einer Clique ausgeliefert sind, die nur auf die Vorteile der Besitzenden, in erster Linie der Großagrarier, bedacht gewesen ist, die sich gegen die Interessen der Allgemeinheit versündigt und des Volles Recht mit Füßen getreten hat. Der Wahlrechtsraub, die Verstümmelung des Versammlungsgesetzes, die Herrüttung der Finanzen, Wahlregelung organisierter Eisenbahner, Umsatzsteueranträge, eine den Bedürfnissen des Landes zuwiderlaufende agrarische Wirtschaftspolitik und andere Sünden bezeichnen den Meo der politischen Schädlinge, die jetzt im Landtage herrschen.

Dagegen müssen wir mit allen zulässigen Mitteln anstrengen, dagegen alle unsere Kraft einsetzen. Die Landtagswahlen bieten eine Gelegenheit zu einem Sturzlauf gegen dieses schädliche Treiben. Haben wir auch keine Aussicht, diese völksfeindliche Koalition zu beseitigen, so bietet uns doch auch das Dreiklassenwahlrecht noch die Möglichkeit, mit dem Stimmzettel dagegen zu protestieren. Und das muß geschehen. Vollzählig müssen die entrichteten Wählermassen antreten, um den Stimmzettel protestierend abzugeben und so zum Ausdruck zu bringen, daß das Volk mit der jetzigen Wirtschaft nicht einverstanden

Mit gleisnerischen Redensätzen und tönen den Lockungen versuchen jetzt dieselben Parteien um die Stimmen der Wähler zu buhlen, die das Volk zu Staatsbürgern dritter

Konservative und **Nationalliberale** sind in erster Linie verantwortlich für die Volksentrichtung und die jegliche Wirtschaft in Sachsen. Beide haben 1896 gemeinschaftlich den Wahlrechtsraub vollzogen, beide haben Hand in Hand gearbeitet, wenn es galt, das Volk zu knebeln, die Bewegungsfreiheit zu beschneiden. Das Koalitionsrecht der Arbeiter war beiden Parteien ein Dorn im Auge. Jeder Polizeiattache dagegen haben sie zugejubelt. Sie schreien nur noch dafür, dass es in Sachsen so bestellt ist, wie wir es eben geabschafft haben.

Unsere Versprechungen überbieten die Freisinnigen alle anderen bürgerlichen Parteien. Sie empfehlen sich uns als Freunde des allgemeinen, gleichen, direkten Wahlrechts, bieten aber bereits die Hand dazu, daß Volk mit einem Zensuswahlrecht abzufinden, wodurch Tausende ihres Stimmrechts beraubt würden. Bramarbasierende Redensarten sind die Stärke dieser Partei, besonders solange sie in einer Körperschaft in der Minorität ist. Die Erfahrung hat aber gezeigt, daß dieser zur Schau getragene Radikalismus trügerischer Schein ist, der sofort verfliegt, sobald die Partei in die Lage kommt, entscheidenden Einfluß auszuüben, dann sind die Freisinnigen nicht viel anders als die Nationalliberalen, dann wollen sie von Fortschritt und freiem Wahlrecht nichts mehr wissen.

Wer eine bürgerliche Partei bei den bevorstehenden Landtagswahlen unterstützt, stärkt die Reaktion. Nur eine Partei führt rücksichtslos den Kampf gegen Wahlentzerrung und Geldsackherrschaft; nur eine Partei tritt rücksichtslos für Volksrechte und Arbeiterinteressen ein, nur eine Partei bekämpft das gemeinshädliche Treiben, das sich jetzt im Vereiche der sächsischen Politik so

henden Reaktion eine Absage erteilen will, der wähle

sozialdemokratische Wahlmänner.
Niemand darf von der Wahl zurückbleiben! Wer lässig ist stärkt die Reaktion!
Wer nicht zur Wahlurne geht, macht sich zum Mischhalbdigen kartellparteiliches

An die Wahlurne! Nieder mit den Wahlrechtsfeinden!
Hoch das allgemeine, gleiche, direkte Wahlrecht!

Oberst a. D. Gaedke vor Gericht.

H. F. Berlin, 9. September 1907.

Der bereits einmal verlogte neue Prozeß gegen den Oberst a. D. Gaedke gelangte heute wiederum vor der 142. Abteilung des Schöffengerichts am Amtsgericht Berlin-Mitte zur Verhandlung. Oberst a. D. Gaedke war Oberst und Regimentskommandeur des fünften, später des 43. schlesischen Artillerieregiments. 1901 nahm er seinen Abschied mit dem Bemerkten, daß er auf das Recht, Uniform zu tragen, verzichte. Dieser Befehl hat er mehrfach wiederholt. Im Februar 1904 wurde dem Oberst Gaedke während er als Kommandant des Berl. Toosel, im russisch-japanischen Kriege war, eine Kabinettorder ausgestellt, in welcher ihm verboten wurde, sich ferner Oberst bzw. Oberst a. D. zu nennen. Gaedke erkannte diese Kabinettorder nicht als rechtsgültig an, führte den Titel weiter und wurde deshalb auf Grund des § 330 Abs. 8 des Strafgesetzbuches angeklagt. Das Schöffengericht und die Staatsanwaltschaft sprachen den Angeklagten frei, weil sie die Kabinettorder für rechtsgültig hielten. Das Hammergericht verwarf die vom Staatsanwalt eingelagte Revision, weil dem Angeklagten die Kabinettorder nicht rechtsgültig sei. Am 7. Februar d. J. wurde nun dem Angeklagten die Kabinettorder wiederholt zugestellt. Da er aber auch diese nicht beachte, so wurde wiederum ein Strafsverfahren gegen ihn eingeleitet.

Der heutige Verhandlung wohnten Generalstaatsanwalt Dr. Möller, Oberstaatsanwalt Dr. Henkel und Wlk. Geh. Kriegsrat Dr. Römer, letzterer im Auftrage des Kriegsministeriums, bei.

Der Angeklagte leistete im Auftrage der Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Franz Höninger und der Angeklagten, den Veh. Richter Römer aus dem Saale zu entnehmen, da er in der Presse den Angeklagten in der Geschäftigkeit und allem Takt hohnsprechenden Weise angegriffen habe. Er sei mit keinem nicht qualifiziert, als Aufsichtsperson eines Ministeriums der Verhandlung beizutreten. Eine solche Aufsichtsperson solle die Gesetze in sich, den Vorsitzenden zu beeinflussen. Staatskanzleramt Dr. Ehrt bezeichnete den Antrag als ungültig. Der Verteidiger bemerkte: er könne über den Antrag keinen Besluß fassen, da er vollständig lastlos sei. In einem preußischen Gerichtsdebatte gebe es keine Aufsichtsperson. Das Gericht unterschreibt in übrigem dem Justizminister und nicht dem Kriegsminister. Geheimrat Römer sei als Privatperson im Saale gewesen, er, Verteidiger, habe sein Recht, den Geheimrat aus dem Saale zu weisen.

Der Angeklagte bestritt danach seine Schuldf. Die Verleugnung des vom vorigen Schöffengericht eingeholten Gutachtens des Prof. Dr. Laband, sowie die Erfahrungen des Ehrengerichts und die Verleugnung der Reichstagskongresse über die Sitzung von 1874, in der über die kaiserliche Kabinettorder beraten wurde, lehnte der Veh. Richter als unerheblich ab. Der Staatsanwalt batte: er danach in längerer Rücksicht den Angeklagten zu sechs Wochen Haft zu verurteilen. Die Strafe rechtfertigte sich durch daß fortgesetzte Rechtsbedenken gegen die ältere Kabinettorder. — Der Verteidiger Mecklenburgs Dr. Höninger führte aus: Es scheine die Ansicht zu bestehen, daß der Angeklagte sich gegen die Autorität des Monarchen auflehne. Der Angeklagte habe bereits einmal erklärt und lasse es durch ihn wiederum erklären, er beuge sich der Erfordernis des Monarchen, zumal er ein in Krieg und Frieden verdienter Offizier sei. Der Angeklagte frustrierte nur die Ratsgeber des Monarchen. Der Verteidiger suchte abschließend den Nachweis zu führen, daß die Kabinettorder rechtsgültig sei und beantragte die Entlastung des Angeklagten.

Der Angeklagte schloß sich diesem Antrage an und bemerkte, Major v. Sande sei im vorigen Jahre vom Kreisauer Schützenverein wegen Betruges zu 300 M. Geldstrafe verurteilt worden. Dieser und eine Anzahl Pädagogen hätten nach deutscher Unbedeutung den Offiziersstall, ihm, der sich nichts habe aufzuhören kommen lassen, dessen Ehre unbefleckt sei, wollte man aus politischen Gründen den Titel rausen. Es gebe sich der Hoffnung hin, daß der Gerichtsentscheid und Gelegenheit säumen werde.

Nach längerer Beratung des Gerichtshofes verließ die Verteidigung folgendes Urteil: Der Veh. Richter hat sich auf den rein juristischen Standpunkt gestellt. Er erachtet die kaiserliche Kabinettorder nicht für einen Alt der Disziplinar- oder Kommandogewalt, sondern für einen Regelungsfall, da der Angeklagte nicht mehr zur Armee gehöre. Der Regierungsschaffs sei aber rechtsgültig, da er von einem Minister gegenzeichnet sei. Der Gerichtshof habe daher im Namen des Königs für recht erkannt, daß der Angeklagte freizusprechen und die Kosten des Verfahrens der Staatsanwaltschaft aufzuziegen seien.

Politische Übersicht.

Jungliberalen.

Die Jungliberalen um der Welt sind und zu wissen, daß sie schon wieder um ein Jahr älter geworden sind. Voriges Jahr zu Hannover ging's auf ihrem Verbandstag noch gewiß hoch her: den Alten wurden wegen ihrer Zustimmung zur ehemaligen Konfessionsschule und zur reichsdeutschen Steuerreform die Leute gelesen und eine Resolution angenommen, welche besagt:

Das Reichstagswahlrecht hat sich bewährt und entspricht dem heutigen geistigen und materiellen Kulturstand unseres Volkes. Die nationalliberale Jugend tritt für die Unantastbarkeit des Reichstagswahlrechts ein, sie fordert grundsätzlich seine Einführung in den Einzelstaaten, und wird jede Wahlrechtsverbesserung in den Einzelstaaten, die dem Ziele des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlschlags näher führt, begrüßen.

Auf ihrer diesjährigen Tagung in Kaiserslautern, die am 7. und 8. September stattfand, hielten die Jungliberalen die beste Gelegenheit, ihrem angeblichen „Ziel“ tatsächlich näher zu kommen. Denn ihre Partei, die nationalliberale Partei, ist es, die das größte Hindernis für die Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen bildet. Würde sich die nationalliberale Fraktion des preußischen Abgeordnetenhauses zum angeblichen Ziel der Jungliberalen befreuen, dann könnte jetzt schon im Abgeordnetenhaus eine Mehrheit für das gleiche Wahlrecht, und die Mehrheit würde sich vornehmlich bei den nächsten Landtagswahlen noch beträchtlich vergrößern.

Die Nationalliberalen aber wollen vom gleichen Wahlrecht nichts; sie verlangen in dem Antrag, der dem Abgeordnetenhaus vorliegt, nicht das gleiche, sondern das Allgemeinwahlrecht. Hier einzugehen wäre die Wirklichkeit der Jungliberalen gewesen, wenn ihre Resolution von Hannover nur halbwegs ernst gemeint hätte. Aber was hat der jungliberale Verbandstag in Kaiserslautern genau? Er hat sich an dieser Tagung, der brennendsten politischen Frage Deutschlands, einfach vorbeigekickt. Während das nationalliberale Alter gegen das gleiche Recht zum Todesfeind aussah, verhält die nationalliberale Jugend hauptsächlich ihr Haar.

Mehr als das! Sie huldigt den Verächtern des Rechts. Mit einem Hauch auf die nationalliberale Partei ging der Verbandstag auseinander, auf dem — ganz anders als in Hannover — keine Stimme der Kritik über das Verhalten der preußischen Landtagsfraktion laut geworden ist. Was kann es unter diesen Umständen bedeuten, daß eine Resolution zur Reichstagswahlreform angenommen wurde, die eine Reichsabgabesteuer und Reichsverbausteuer auch für Organen und Dependents verlangt? Wenn die nationalliberale Reichstagsfraktion das Gegenteil davon beschließt, braucht sie eines jungliberalen Hochrufs

nicht weniger gewiß zu sein als die preußische Landtagsfraktion! Und überdies geschieht ihr die jungliberale Resolution auch die Einführung indirekter Steuern auf „eindeutliche Benutzung“. Von dieser Erlaubnis wird sie ausgiebigsten Gebrauch machen.

Soll man nicht bösen Willen vermuten, so kann man die Haltung der Jungliberalen nur aus der historischen Unfähigkeit des deutschen Bürgertums erklären. Die Jungliberalen sind die Rettung einer Partei, die in allen Fragen des Liberalismus genau das Gegenteil von dem tut, was angeblich jungliberales Programm ist. Hauptzweck ist, daß der Handel vornehmlich ist für beide Teile. Die Jungliberalen verlieren sich durch ihre platonischen Prinzipienerklärungen nicht die Illusion auf ein angenehmes nationalliberale Alter, die Liberalen aber dürfen dafür den demagogischen Teil ihrer Parteiarbeit ruhig den Jungen unter vierzig Jahren überlassen. Das ist eine höchst zweckentwesende Arbeitsteilung für eine Partei von Geheimräten und solchen, die es werden wollen.

Die deutsche Marokko-Antwort.

Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung teilt mit:

In einem Promemoria (Denkschrift) der hiesigen französischen Botschaft vom 2. September wurde mitgeteilt, daß es in der Absicht der französischen Regierung liege, im Einvernehmen mit der spanischen Regierung und mit den eigenen Mitteln beider Mächte in denjenigen Verträgen zwischen Marokko, wo eine solche Maßregel als notwendig erachtet werden würde, eine provisorische Polizei einzurichten mit dem Zweck, daß dieselbe die Ordnung aufrecht zu erhalten und die Bildung der in der Urteile von Algeciras vorgesehenen marokkanischen Polizeikräfte zu erleichtern.

Hierauf hat die deutsche Regierung geantwortet, sie habe vom dieser Mitteilung und von der in dem Promemoria gegebenen Begründung Kenntnis genommen. Sie entnehme daraus, daß die in Aussicht genommenen Maßregeln provisorischen Charakters seien und den Bekämpfung der in Algeciras nicht verhindernd (vorgreifen) werden.

Die deutsche Regierung habe die Befreiung Frankreichs, sich für die Vorgänge von Casablanca Genugtuung zu verschaffen, anerkannt und beabsichtige nicht, der von Frankreich aus diesem Anlaß unternommenen und durch außergewöhnliche Umstände motivierten Aktion Schwierigkeiten zu bereiten. Sie hoffe und wünsche jedoch, daß sich schwere Schädigungen der fremden Kaufleute wie die in Casablanca erlebten nicht wiederholen möchten. Die deutsche Regierung mache deshalb darauf aufmerksam, daß nach Ansicht des deutschen Geschiäftsträgers in Tangier die in der Urteile von Algeciras nicht vorgesehene Auflösung fremder Polizeikräfte unter den gegenwärtigen Verhältnissen einen Angriff der Bergthämme auf die Stadt und erste Gefahr für Leben und Gut der Europäer hervorufen könnte, jumal wenn jene Maßregel nicht unter dem Schutz militärisch unbedingt genügender Kräfte vollzogen würde. Die gleiche Gefahr dürfte auch in anderen Hafenorten bestehen.

Die deutsche Regierung verschließt also ihre Augen nicht der Tatsache, daß Frankreich in Marokko freie Hand hat. Für „unbedingt genügende Kräfte“ wird die französische Regierung schon sorgen. Nach der Niederwerfung Marokkos tritt aber die Algeciras-Koalition wieder in Kraft: Die französische Belegung verläßt das Land und an ihre Stelle treten eingeborene Polizeikräfte als französische Kolonialtruppen!

Noch Wunder, daß unsere Aldeutschen von der Haltung der Aldeutschen Regierung ganz und gar nicht erbaut sind. Zu der Kaiserreise nach Tangier, zu den Goldminen, den Sultan in seiner Heimat zu schicken, zu dem Tryphon der Algeciras kontert steht freilich die heutige Haltung eben im Widerspruch, wie die aggressive Haltung von 1905 im Widerspruch zur ruhigen Haltung von 1904 in der Marokkofrage gefanden hat. Das deutsche Volk hat aber allen Anlaß, die Berliner Regierung vor einem neuen Umlauf zu warnen, zu dem die Aldeutschen sie jetzt zu drängen versuchen. Ginge es nach diesen Herrschäften, so blieben drei Tage wieder das Schöne Konflikt mit Frankreich und England und aller Welt fertig. Die Aldeutschen haben sich auf ihrem soeben in Missködern stattgefundenen Verbandstage tapfer zu folgenden Resolution aufgerufen:

Der Aldeutsche Verband bedauert die Stellung der Reichsregierung zu der neuesten Entwicklung der Marokkofrage, die im Widerspruch steht zu den feierlichen Kundgebungen des Kaiser in Tangier für die Unabhängigkeit des marokkanischen Reiches, wie nicht minder zu den Erklärungen des Reichskanzlers über den Status des deutschen Handelsinteresses und deutscher Interessen in Marokko. Die mutwillige, durch leinerter Notwendigkeit veranlaßte Rückziehung von Casablanca steht adäquat ausserhalb der Abmachungen von Algeciras; die Zustimmung des Deutschen Reiches zu diesem brutalen Vorgethanen widrigt das deutsche Interesse in der islamischen Welt auf das schärfste; das weitere Gewährlassen der französischen Eroberungspolitik muß notwendig zur Verzerrung aller deutschen wirtschaftlichen Erfolge führen.

Der Aldeutsche Verband fordert, daß die Reichsregierung 1. in deutlicher, auch den Marokkanern zu Kenntnis gelangender Weise das Vorgethanen Frankreichs mißbilligt; 2. den Schutz des deutschen Handelsinteresses in Marokko lebt in die Hand nimmt und für die Gleichberechtigung des deutschen Handels mit den anderen Nationen im Sinne der Urteile von Algeciras nachkommt; 3. die Entschädigung der in Casablanca gehabt wurden Deutschen durch den Schadensfaktor, daß in Frankreich, mit allem Nachdruck betriebe; 4. wenn jedoch die Gefahr weiter tritt, daß Frankreich auf den Clavons der zeitweiligen und dann verlängerten Belegung des Landes tatsächlich politisch und wirtschaftlich die Macht von marokkanischen Gebieten ergriffen, so hat Deutschland eine gleichzeitige territoriale Entschädigung zu beanspruchen.

Frankreich und der Gegenfunktion.

Paris, 9. September. Clemenceau erzählte, daß die Marokkaner im ganzen 800 Tage hätten, und ferner, daß in Malaga ein Boot und das der Kommandant des Schiffes die Brücke zur Beförderung an die Westküste unter der Bedingung übernommen habe, daß Muleo Hafid im Hafen lagerten. Waren nicht an die australischen Stämme entgangen. Ein Telegramm in diesem Sinne sei an Muleo Hafid geschickt.

Der Tempz meint, daß Muleo Hafid bei dem Verlust, sich an die Stelle Abdul Afis zu legen, auf erste Schwierigkeiten stoßen werde. Zumal wurde es ihm am Geld fehlen; auch zeigten sich einige Hafidsoldaten zu leisten. Mehrere Stämme, darunter der angebliche Stamm Afis unverändert treu halten würden.

Ein spanisches Expeditionskorps.

Gibraltar, 9. September. (Neuermeldung.) In Algeciras ist unter General Gómez am Mittwoch zur Einschiffung nach Tangier bereit.

Deutsches Reich.

Ein Bankierstreit.

k. Auch die Bankiers haben von der sogenannten Bankiertag einberufen, der am 5. und 6. September in Hamburg stattfand. Außer einem Deutschen, das Herr Ballin im Dampfer gab, nahmen sie auch eine Reihe von Referenten über Börse, das Schiedsgericht und die Regelung des Depositenwesens entgegen. Der Referent, der zur Frage der Regelung des Depositenwesens sprach, Privatagent Dr. Zoffe, schloß seine Ausführungen mit der Wahrung, die Bankwelt soll sich veranlaßt fühlen, um schlechte Gesetze abzuwehren, ein Bankstreit somit war nicht schwer zu erkennen, er wollte den Herren Bankiers nur etwas mehr politische Mannhaftigkeit empfehlen als bisher bekannt haben, sicherhaft natürlich war seine Empfehlung eines Bankstreits gemeint. Um so charakteristischer ist es, daß der Vorsitzende des Bankiertags, der Geh. Justizrat Professor Dr. Sieker, sich veranlaßt fühlt, dieser Verleitung zum Bankstreit in einer Stunde voller Bathos und guter Geist zu folgen. Sieker, sie sollte auch einen Streit in Erwägung ziehen, sie sollte auch einen Streit in Erwägung ziehen, um die Bankiers zu einem Bankstreit viel zu patriotisch und loyal seien. Selbst die patriotischen und loyalen Bankiers mögen über den Übereifer ihres Vorsitzenden, der vor nicht langer Zeit als Direktor der Darmstädter Bank stolze des Kolonialministers Dernburg war und seinen Professoren durch die Berufung als Lehrer über das Bankwesen an die Berliner Hochschule erhalten hat.

Dieser Herr repräsentiert denn auch die Wirkung solchen Bankdirektors und preußischem Professor mehrheitlich. Seine Leitworte sind Patriotismus und Loyalität, auch aufsichtslose Entrüstung ist ihm nicht fremd, doch sie gelangt dazu gegeben hat. Der Herr Bankprofessor hatte das eine Referat über das Börsegesetz, daß von der Börseprozeß als eine entrückte Anklage, die nichts an Deutlichkeit zu wünschen übrig läßt, bezeichnet wurde, er wettezte in den schriftlichen Worten gegen das heutige Börsegesetz, dessen Reform die Regierung als Blödsinn den freijüngsten Parteien längst zugestellt hat. Jetzt war es deshalb logisch, wenn der Mut in der Freiheit seine Stärke zeigt. Demselben Herrn Professor Sieker ist es auch zu danken, daß sich gegen die Referate, in denen ausschließlich die Auflösung der Großbanken zum Ausdruck kam, ein Widerstand erhob. Es fehlten durchaus nicht Vertreter entgegengesetzter Meinung, doch sie kamen nicht zum Vorschein, obwohl sie es mehrfach gefordert hatten. Der Verteidiger hatte selbst den einstimmig angenommenen Vorschlag gemacht, die Redeweise des Diskussionsredner auf 10 Minuten zu begrenzen, doch die Direktoren der Großbanken redeten eine halbe Stunde und länger; als die kleinen Provinzialbankiers das Wort erhalten sollten, war die Versammlung schon ermüdet und es stellte zu rechten Zeit ein Schlussantrug sich ein. Um die ausgeschlagen Reden ist es schade, sie wären vielleicht lehrreicher gewesen als die schönen Referate. Die kleinen Bankiers mußten das Gefühl haben, daß sie lediglich als Drapierung bei dieser Verhandlung der Großbanken verwandt werden. Sie haben andere Sorgen als die Großbanken, die über monatelang eingegangenen der Regierung wahrlich nicht zu klagen haben.

Das Großkapital im Bankgewerbe ist allmächtig, die kleineren und mittleren Bankiers sind fast nur ihre Agenten, die einträchtigen Geschäftsmänner sind zum überwiegenden Teil von den Großbanken monopolisiert. Das jetzt herrschende Börsegesetz hat den Konkurrenzprozeß im Bankgewerbe beschleunigt, die Lage der kleinen Bankiers daher verschieden. Die Ausbildung des Vermögens und die erhöhte Möglichkeit des Differenzierungsbedarfs brachte es mit sich, daß zur ersten Zeit ein Schlussantrag sich ein. Um die ausgeschlagen Reden ist es schade, sie wären vielleicht lehrreicher gewesen als die schönen Referate. Die kleinen Bankiers mußten das Gefühl haben, daß sie lediglich als Drapierung bei dieser Verhandlung der Großbanken verwandt werden. Sie haben andere Sorgen als die Großbanken, die über monatelang eingegangenen der Regierung wahrlich nicht zu klagen haben.

Das Großkapital im Bankgewerbe ist allmächtig, die kleineren und mittleren Bankiers sind fast nur ihre Agenten, die einträchtigen Geschäftsmänner sind zum überwiegenden Teil von den Großbanken monopolisiert. Das jetzt herrschende Börsegesetz hat den Konkurrenzprozeß im Bankgewerbe beschleunigt, die Lage der kleinen Bankiers daher verschieden. Die Ausbildung des Vermögens und die erhöhte Möglichkeit des Differenzierungsbedarfs brachte es mit sich, daß zur ersten Zeit ein Schlussantrag sich ein. Um die ausgeschlagen Reden ist es schade, sie wären vielleicht lehrreicher gewesen als die schönen Referate. Die kleinen Bankiers mußten das Gefühl haben, daß sie lediglich als Drapierung bei dieser Verhandlung der Großbanken auftraten. So scheint das Börsegesetz nicht nur nichts zu ändern können. Uns scheint das Befreiern der kleinen Bankiers, sich neben den Großbanken siegreich zu behaupten, ziemlich aussichtslos. Doch darum gerade wäre es wünschenswert gewesen, die kleinen Bankiers zu hören. Ihre Reden hätten bewiesen, daß hinter zahlreichen kleinen Banken sehr schwach fundierte Existenz sich verbargen, die einen Börsegesetzkomitee gegen das sie erbrüdernde Großkapital führen. Sie hätten gezeigt, daß die Macht der Großbanken einen so hohen Grad erreicht hat, daß der Börsegesetz vor ihnen völlig überwältigt werden, die Börse als offener Markt durch sie in Sicherheit schon ausgeschaltet wird. Dieser Mission ist vermieden worden. Die kleinen Bankiers fühlen sich unter der Herrschaft des Großkapitals aufgefressen. So scheint es uns nach den Berichten über den Bankiertag. Die Ausdehnungsbemühungen der Großbanken ruhen nicht, das neue Börsegesetz kann den kleinen Bankiers keine Heilung bringen. Dieser Gemütszustand der Kapitalistischen Entwicklung wird auch durch die Präzisionsgeschäftslogiken des Herrn Professor Sieker nicht aufzuhalten. Er wird deshalb den ihm so unheimlichen Streit der Bankiers vielleicht doch noch erleben, der Streit wird die Aldeutsche Bank nicht verhindern. Die kleinen Bankiers fühlen sich unter der Herrschaft des Großkapitals aufgefressen. So scheint es uns nach den Berichten über den Bankiertag. Die Ausdehnungsbemühungen der Großbanken ruhen nicht, das neue Börsegesetz kann den kleinen Bankiers keine Heilung bringen. Dieser Gemütszustand der Kapitalistischen Entwicklung wird auch durch die Präzisionsgeschäftslogiken des Herrn Professor Sieker nicht aufzuhalten. Er wird deshalb den ihm so unheimlichen Streit der Bankiers vielleicht doch noch erleben, der Streit wird die Aldeutsche Bank nicht verhindern.

Das Deutsche-Südwestafrika.

wird unter dem 9. September gemeldet: Von den Einheiten Morungsas haben sich gestern 42 Männer, größtenteils Afrikane, mit 97 Weibern und Kindern und 140 Stück Vieh nach Umaras unterworfen. Sie werden in Waramb interniert.

Berliner Zeitungswesen. Die Nationalregierung soll, wie die Berliner Neuesten Nachrichten vermelden, dem Deutschen Tagblatt aus Sicherheitsgründen vereinigt werden.

Die Nationalregierung, das Berliner Organ des Nationalsozialismus, schreibt sich selbst von einem Bonner zum andern. Nun wieder steht es mit den Berliner Neuesten Nachrichten besser? Gleiches gilt für den Deutschen Tagblatt.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Der Kampf um das Landtagswahlrecht wird von unserem österreichischen Genossen mit großer Energie aufgeführt. Unter dem 9. September meldet: Von Wien findet anlässlich der Eröffnung des österreichischen Landtages in diesen Tagen eine große Zahl Versammlungen

— Der Patriotische Bund vertritt einen einen Deutschen Konservativen für die gleichen Interessen in der österreichischen Politik.

— Der Patriotische Bund vertritt einen einen Deutschen Konservativen für die gleichen Interessen in der österreichischen Politik.

— Der Patriotische Bund vertritt einen einen Deutschen Konservativen für die gleichen Interessen in der österreichischen Politik.

— Der Patriotische Bund vertritt einen einen Deutschen Konservativen für die gleichen Interessen in der österreichischen Politik.

Achtung! Landtagswahl in Dresden!

Diejenigen Wähler der 1. Klasse, die ihre Stimme zugunsten unserer Partei abgeben wollen, werden erachtet. Stimmzettel bei nachgenannten Adressen in Empfang zu nehmen:
 Für den 1. Kreis beim Restaurateur Kost, Freibergerplatz 11, und Ludwig, Schnorrstr. 62.
 • 2. • Adam, Kaulbachstr. 16, u. Birnstengel, Schandauerstr. 45.
 • 3. • im Volkshaus, Ritterbergstr. 2, Max Hertwig, Löbau, Löbeckerstr. 11, pt.
 und Max Wellhöfer, Cotta, Gottfried Kellerstraße 6, pt.

Die Wahlbüros der Sozialdemokratischen Partei befinden sich am Mittwoch und Donnerstag in folgenden Lokalen:

- Für den 1. Kreis: Restaurant Ludwig, Schnorrstraße 62.
- 2. • Restaurant Adam, Kaulbachstraße 16.
- 3. • Volkshaus, Ritterbergstraße 2.
- Restaurant Kämpfle, Löbau, Wernerstraße 36.
- Restaurant Silberblick, Cotta, Hühnhoferstraße 14.

Sie sind an beiden Tagen von früh 8 Uhr an bis zur Beendigung der Wahl geöffnet.

Die sozialdemokr. Wahlkomitees.

Achtung! Maurer!

Mittwoch den 11. September, abends 7 Uhr

Oeffentl. Maurer-Versammlung

Schützenplatz — im Trianon — Trabantengasse.

Tages-Ordnung:

Die Internationale in der Maurer-Bewegung.

Referent: Kollege Theodor Bömelburg-Hamburg.

Gewerkschaftliche Angelegenheiten. — Debatte.

Der Einberufer.

Deutscher Holzarbeiterverband, Dresden.

Sonntag den 17. September, im Saale des

Dresdner Volkshaus

Ritterbergstraße 2

Konzert- und Theater-Abend.

Die Hochzeitsreise. Lustspiel in 2 Aufzügen von Roderich Benedix.

Nur nicht fluchen. Schwank von Berton.

Das Versprechen hinterm Herd. Singspiel von A. Baumann.

Anfang 5 Uhr. Ausführliche Programme am Saaleingang. Anfang 5 Uhr.

Eintrittskarten à 20 Pf. für die Mitglieder und deren Angehörige sind vorher im Bureau und bei den Kassierern zu haben.

Vorstadt Cotta

Diejenigen Landtags-Urvähler, die aus irgendwelchen Gründen an den Wahllokalen

Stimmzettel

nicht entnehmen wollen, werden erachtet, solche von nachstehenden Adressen abzugeben:

3. Urwähler-Abteilung
für den 12. Bezirk (Restaurant Schulz, Wilhelmstraße 11)
bei Max Buder, Konsum-Verkaufsstelle, Hörligkstr. 32
für den 13. Bezirk (Restaurant zum goldenen Adler, Klosterstr. 44)
bei Karl Hanke, Konsum-Verkaufsstelle, Kronprinzenstraße 11
für den 14. Bezirk (Restaurant zur goldenen Krone, Grillparzerstr. 12)
bei Richard Bär, Konsum-Schnäckwarengesch., Grillparzerstr. 12.

2. Urwähler-Abteilung
für den 11. Bezirk (Restaurant zur goldenen Krone, Grillparzerstr.)
bei Richard Bär, Konsum-Schnäckwarengesch., Grillparzerstr. 12
für den 12. Bezirk (Restaurant zum goldenen Adler, Klosterstr. 44)
bei Karl Hanke, Konsum-Verkaufsstelle, Kronprinzenstraße 11.

Sozialdemokratischer Verein für den 6. sächsischen Reichstagswahlkreis.

Partei-Referent: Zillmer, Bei Dresden, Treptower Str. 77 G.

Vereinsreferent: Schmid, Bei Dresden, Treptower Str. 77 G.

1. Klasse

1. Klasse

Tharandt, Hartha u. Umg.

Sonntag den 15. September, nachm. 3½, Uhr

im Gasthof zu Hartha

Oeffentliche Frauen-Versammlung

Tages-Ordnung:

Die Frau, ein wichtiger Faktor im Organisationskampf der Arbeiterklasse. Referentin: Frau Anna Gradnauer.

Debatte.

Genossinnen! Erhebt in dieser wichtigen Versammlung jährl. D. G.

Achtung!

Balkes Gasthof, Gittersee.

Tonnerstag den 12. September
Gesellschafts-Vogelschießen.
Curt Wilkerling, Pieschen, Mohrenstr. 2.
Tischler- und Polstermöbel in großer Auswahl. Lieferung ganzer Ausstattungen, auch auf Zeitabgabe. Überarbeitung sämtlicher Polstermöbel. Großes Stahl- u. Spiegelgärtner. Ruhige Bedienung.

Konsumverein Vorwärts, Dresden.

Hiermit zur gefälligen Kenntnisnahme, daß wir Donnerstag den 12. September, mittags 1 Uhr, in der Oppellvorstadt

unsere

Oppellstrasse 34

42. Verkaufsstelle

eröffnen. Anmeldungen zur Mitgliedschaft werden in den Verkaufsstellen entgegengenommen.

Hochachtend Der Vorstand.

Watzkes Ball-Etablissement

Sonntag: Feiner Residenzball. Kleiner Saal für Familienfeiern Sonn- und Wochenende unentgeltlich frei. Regelbahn Kettwitz u. Sonnab. fei.

Wachtschenke

Bietschen, Nebelholzstraße 57 am Frieden Friedhof.

Grohes Schlachtfest.

Heute abend von 6 Uhr an: Wurst, Blut-, und Leberwurst. Mittwoch: Frische Wurst in bekannter Güte. Louis Schulze u. Frau.

Gasthaus Zur Göltzschtal-Brücke

Poststraße 42. Telefon 9380.

Vorhalte halbe Fette u. normale Speisen. Gutgewiegte Biere u. Weine. Saubere Fremdenbetten

von 1 M. an.

hochachtungsvoll Reinhold Müller.

Meine Uhr

sieht nicht mehr. Wo soll ich sie hinkriegen? Sie

H. Lorenz

nur Schöffergasse Nr. 4 vom Altmarkt aus rechte Seite wo man alle Uhren gut und billig repariert. Preisangabe sofort.

Neue Uhren billig.

Trümlinge in grosser Auswahl

und in allen Preisslagen. Bitte auf die Firma genau zu achten!

Zum gekreisten Publikum zur Kenntnis, daß ich das Garderoben- u. Fleißer-Geschäft meines verstorbenen Mannes in unveränderter Weise weiterführe, u. bitte, daß seinem Name geschenkt Vertrauen auch auf mich übertragen. Denuben, Friedenstrasse 77. Achtungsvoll Clara verm. Weihner.

Fritz Schmidt

gestern mit langem schweren Leid verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet Donnerstag, nachmittags 2½, Uhr, von

der Halle des Briesnitzer Friedhofs aus statt.

Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiterverband, DRESDEN.

Unseren Mitgliedern hierdurch zur Kenntnis, daß der Zeleg,

Fritz Schmidt

gestern mit langem schweren Leid verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet Donnerstag, nachmittags 2½, Uhr, von

der Halle des Briesnitzer Friedhofs aus statt.

Der Bevollmächtigte.

Turn-Verein Briesnitz-Cotta.

Am Montag verschied nach langem Leid unser langjähriges

Mitglied der Sängergesellschaft, der Schleifer.

Fritz Schmidt

im Alter von 31 Jahren 7 Monaten. Die Beerdigung findet Donner-

tag, nachmittags 2½, Uhr, von der Halle des Briesnitzer Friedhofs aus statt.

Um zahlreiches Geleit erfuhr

Der Turnrat und der Vorstand der Sängergesellschaft.

Fritz Schmidt

im Alter von 81 Jahren 7 Monaten nach langem, schwerem Leid

gestern mittags 12½, Uhr, sonst verschieden ist.

Die Bestrauerin Witwe Martha Schmidt ist Kind.

Die Beerdigung findet Donnerstag, nachm. 2½, Uhr, von

der Halle des Briesnitzer Friedhofs aus statt.

Dank.

für die vielen Beweise inniger Teilnahme und die vielen

Blumensträuße sowie die zahlreiche Beteiligung bei den Sängern

und der Beerdigung seines innig geliebten Mannes, unseres Sohnes,

Sohnes und Schwagers.

Herr Dr. Lohse

der vorzüglichen Beisetzung des verstorbenen Mannes.

Die trauernde Witwe nebst Hinterbliebenen.

Johannes Thümller

lagen wie unser herzlichsten Dank. Insbesondere Herr Dr. Lohse

Vater Raumann für die trostreichen Worte sowie den Kollegen der

Firma Clemens Müller.

Die trauernde Witwe nebst Hinterbliebenen.

Mutter spritzen

Stülpfassen v. 1 M. nn. Leib-

binden und alle hygienischen

Frauenartikel.

Preisliste gratis. 15 Gros. Rabatt.

Frau Heusinger

Am See 37

Ecke Dippoldiswalder Platz.

Dank.

Wittwoch den 11. Sept.

abends Punkt 7 Uhr

im Volkshaus.

Berantwortlich für den revolutionären Teil:

Hermann Kleiner, Dresden-Löbtau.

Berantwortlich für den Intendanten:

Reinhard Seemann, Dresden.

Red. und Verlag: Raden & Kampf, Dresden.

Gierzu 2 Beilagen.

Die trauernde Witwe nebst Hinterbliebenen.

1. Beilage der Sächsischen Arbeiter-Zeitung.

Dresden, Dienstag den 10. September 1907.

18. Jahrgang.

Nr. 210.

Sächsische Angelegenheiten.

Vor der Nebenregierung kapituliert.

Einigen Amtsblättern Sachsen findet sich ein Artikel, der mit der Kritik im konservativen Lager und dem Stadtrat des bisherigen Vorsitzenden des Landesvereins beschäftigt. Hinter ist der Artikel auf Veranlassung des Parteigewaltigen Pfleiderer angefertigt worden. Durch diese Darstellung wird festgestellt, daß Herr Gravelius, der bisherige Vorsitzende des konservativen Landesvereins, der Nebenregierung geopfert worden ist. Es wird in diesem Artikel zunächst auf die Angriffe des Herrn Dr. Rositz im Dresdner konservativen Verein hingewiesen. In jener Versammlung führte aber Herr Gravelius den Vortrag. Das wird in jenem Artikel hervorgehoben und im Anschluß daran ausgeführt:

Nun war es Sache des Vorsitzenden jener Versammlung, in der Kritik erfolgte, daß Prof. Gravelius, sofort den aus dem eigenen Lager von einem jungen Mitglied so schwer angepritschten alten treiflichen Führer in Schutz zu nehmen und den Angriff gebührend zurückzuweisen. Wenn war es Sache des Prof. Gravelius als Vorsitzender des Landesvereins, im Parteiorgan "Vaterland" das danach ventilen sollte zu tun. Prof. Gravelius unterstellt, daß, wenn auch selbstverständlich in einer Abrede, so doch zum Schaden der Partei, indem die Gegner dieses Schusses des Vorsitzenden in ihrem Sinne weiter ausbreiteten. Unter diesen Umständen war es, wie jeder gerechte Mann zugesehen, ein schlichtes Erörtern, daß Prof. Gravelius zurücktritt, und das hat er auch in loslicher Weise beim Zulammensetzen des Vorstandes sofort bei der Eröffnung getan. Einstimig und ohne Debatte wurde dann Dr. Rositz für die Zeit bis zum Wiederbeginn des Reichstags zu seinem Nachfolger gewählt. Es war also wirklich nicht die politische Sphäre, die Gravelius zum Rücktritt veranlaßte.

Bisher hat man der Offenheitlichkeit vorgeischtwindelt, der Professor Gravelius sei tatsächlich nur von seinem Posten zurückgetreten, weil er mit Arbeitern überburdet sei; jetzt muß man zugeben, daß er geopfert worden ist um des Prestiges Mehner's willen. Diese jurierte Darstellung offenbart aber auch, daß bei dem Streite im konservativen Lager Paul Mehner vorläufig der Siegende gewesen ist. Ob aber damit auch alle Spaltungsgefahr der Zweiglichkeit beseitigt ist, ist mehr als zweifelhaft. Es spricht vielmehr einiges dafür, daß man sich nun erst recht untersetzt.

Noch einer.

Gestern haben wir bereits hervorgehoben, daß sich der konservative Abgeordnete Knobloch in Radeberg gegen die Beibehaltung der jetzigen Wahlkreiseinteilung ausgesprochen und sich dadurch in Kontrast zu Herrn Dr. Rositz und seinem Anhang gesetzt hat. Jetzt kommt zu Herrn Knobloch auch noch Herr Dürr, der konservative Vertreter des 23. ländlichen Wahlkreises. Nach Berichten bürgerlicher Blätter hat er in einer Versammlung, die sich mit der Wahlrechtsreform beschäftigte, unter anderem ausgeführt: Die Trennung in städtische und ländliche Wahlkreise sei nicht zweckmäßig. Eine Zusammenfassung erscheine ihm geboten. Herr Dürr hat sich zwar im übrigen zum Teil gegen den Hohenhalschen Entwurf ausgesprochen, er hat ihn aber doch nicht schlechtweg verworfen. Schließlich hat die Versammlung folgende Resolution angenommen:

1. Die Vorschläge der Regierung sind nicht in der vorliegenden Form annehmbar. Wohl aber bildet die Tatsache, daß die Regierung einen entzündlichen neuen Wahlrechtsvorschlag gestellt hat, die geeignete Grundlage, daß gemeinschaftlich durch Regierung und Stände ein frischer und den heutigen Reinerhöhlungen mehr entsprechendes direktes Wahlrecht geschaffen wird.

2. Die Wahl durch Kommunal- und Bezirksverbände ist zu verhindern, da das Einspielen von politischen Parteien in solche Verbände als ungünstig zu deuten ist.

3. Der Verhältnismäßigwahl ist nur dann das Wort zu reden, wenn innerhalb der einzelnen Wahlkreise stattfindet. Die sich daraus ergebende Vermehrung der Abgeordneten wird mit Sicherheit auf die Bevölkerungsanzahl überhaupt als zwingende Notwendigkeit bestimmt.

4. Das von der Regierung befürchtete Pluralsystem ist in der vorgeschlagenen Form unannehmbar.

5. Schließlich ist unbedingt zusammenhängend mit einer Reform der freien Kämmerei auch eine Reform der freien Kammer zu ziehen, denn zentralistisch die politische Vertretung unseres Landes eine zeitgenössische Bedeutung erhalten soll.

Auch durch seine Resolution weicht Herr Dürr mehrfach ab von dem Standpunkt der konservativen Mehrheit in der Frage der Wahlrechtsreform. Bekanntlich steht in seiner Stellungnahme die Erfüllung, daß er die Beibehaltung der jetzigen Wahlkreiseinteilung will. Er erklärt ja auch die Vorlage Hohenhals für eine geeignete Grundlage. Herr Dürr gehört also zu den Konzernanten, die noch mit der Regierung verhandeln wollen, während Herr Dr. Rositz die Absicht besitzt, auf seinem Wahlgegentwurf, der wahrscheinlich den Begriff "Mark-Zensus" enthält und die Beibehaltung der jetzigen Wahlkreiseinteilung zur Voraussetzung hat, zu bestehen.

Zum Wahlrechtshandel bereit.

In einer Versammlung der Nationalliberalen, die am Sonntag in Blaues stattete, teilte der Landtagsabgeordnete Poppitz, ebenfalls ein Nationalliberaler, der Versammlung mit, daß er kurz nach der Letzteren nationalliberalen Tagung mit dem Grafen Hohenholz über den Entwurf des neuen Landtagwahlgesetzes gesprochen habe. Als Abgeordneter Poppitz dem Minister mitteilte, daß die nationalliberale Fraktion gegen die Wahlen durch kommunale Verbände sei, habe Graf Hohenholz gesagt, darüber liege er auch noch mit sich einig. Besitzlich einer eventuellen Landtagsschlüsselung habe der Minister ihm, Poppitz, keine bestimmte Erklärung gegeben.

Auch diese Auskunft deutet darauf hin, daß Graf Hohenholz für den Wahlrechtshandlungen zu haben sein wird.

Ein Dorfpolizeilobby.

Rund 300 Scheite von der Blauen Landstraße entfernt, zu beiden Seiten der Oelsnitzer Landstraße, liegt, so lesen wir im Sächsischen Volksblatt, der Ort Reinsdorf. Das Dorf hat etwa 500 Einwohner, ein großes Rittergut, einen Gemeindeschultheißen, eine Polizei. Am Mittwoch den 4. September wurde dem Gemeindeschultheißen die Uniform durch den Gendarmanen ausgetragen, nachdem derselbe am Montag vorher vom Gendarmanen entlassen worden war.

Die Geschichte ist weit über die Grenzen Reinsdorfs bekannt

und bildet überall das Tagessgespräch. Der jetzige Gemeindeschultheiße wollte erst ein rechtliches Jahr seines Amtes und schon zweimal ist der Ort ohne polizeilichen Schutz geblieben. Am 15. April wurde der Vorgänger des jetzigen Gemeindeschultheißen ebenfalls seines Dienstes entzogen und ihm die Uniform aus der Wohnung geholt. Bis zum 1. Mai war der Ort ohne "Bewachung". Damals vollzog sich die "Entkleidung" etwas feierlicher, denn es nahmen daran Gendarman, Gemeindeschultheiße und Gemeindeschultheiße teil; ja man behauptet, der Herr Amtschultheiße sei den Tag in eigener Person im Dorfe gewesen. Und noch kaum vier Monate wird den Einwohnern dasselbe Schauspiel geboten, nur daß diesmal der Gendarman allein die Uniform abnahm.

So ein Gemeindeschultheiße in Reinsdorf hat eine nette Freunde; er bekommt jährlich 800 R. Gehalt und freie Wohnung, und der Mann ist 100 R. angerechnet. Für dieses Einkommen hat der Mann folgende Dienste zu leisten: Morgens 10 Uhr hat er sich beim Gemeindeschultheiße zum Rapport zu melden und muß die ihm aufgetragenen Verrichtungen befolgen, sodann muß er bis abends die Platten bewachen und dies möglichst in Stück mit der Dienstmarke in der Tasche und abends von 10 Uhr bis morgens 4 Uhr hat er die Nachtwache auszuführen. Zu dem Gehalt zahlt die Gemeinde nur 200 R. und den Rest die Rittergutsverwaltung.

Unter der Stichmark "Ein wohngünstiger Gemeindeschultheiße" berichteten wir unlängst, daß derselbe Gemeindeschultheiße Reinsdorf eine zwölfjährige Tochter unseres Zeitungspolporteurs zu sich auf die Gemeindemarke haben ließ und sie über die Abonnenten des Sächsischen Volksblattes aufzurufen und die Abonnenten durch den Gemeindeschultheißen ein sauberlich aufzurufen ließ. Würden wir die Herren des Hauses, die nach diesem Fall sich angezogen haben und die zurzeit Gesetzsprüfung sind, hier ausführlich wiedergeben, so müßten wir den Raum des Blattes zu sehr in Anspruch nehmen; es feien daher nur einige Episoden, die sich zwischen ihm, Gendarman und Gemeindeschultheißen abspielen, heute registriert.

Erstes Bild. Am 23. August, nachts gegen 11 Uhr, sieht der Gemeindeschultheiße in Uniform (er hatte die Nachtwache zu verrichten) in der Nähe der Winklerischen Restauration, um sein Abendbrot zu verzehren, als der Gendarman und der Gemeindeschultheiße hereinlaufen. Der Gemeindeschultheiße nimmt Stellung, so scheint es keine Abrechnung zu haben ließ und sie über die Abonnenten des Sächsischen Volksblattes aufzurufen und die Abonnenten durch den Gemeindeschultheißen ein sauberlich aufzurufen ließ. Würden wir die Herren des Hauses, die nach diesem Fall sich angezogen haben und die zurzeit Gesetzsprüfung sind, hier ausführlich wiedergeben, so müßten wir den Raum des Blattes zu sehr in Anspruch nehmen; es feien daher nur einige Episoden, die sich zwischen ihm, Gendarman und Gemeindeschultheißen abspielen, heute registriert.

Erstes Bild. Am 23. August, nachts gegen 11 Uhr, sieht der Gemeindeschultheiße in Uniform (er hatte die Nachtwache zu verrichten)

in der Nähe der Winklerischen Restauration, um sein Abendbrot zu verzehren, als der Gendarman und der Gemeindeschultheiße hereinlaufen. Der Gemeindeschultheiße nimmt Stellung, so scheint es keine Abrechnung zu haben ließ und sie über die Abonnenten des Sächsischen Volksblattes aufzurufen und die Abonnenten durch den Gemeindeschultheißen ein sauberlich aufzurufen ließ. Würden wir die Herren des Hauses, die nach diesem Fall sich angezogen haben und die zurzeit Gesetzsprüfung sind, hier ausführlich wiedergeben, so müßten wir den Raum des Blattes zu sehr in Anspruch nehmen; es feien daher nur einige Episoden, die sich zwischen ihm, Gendarman und Gemeindeschultheißen abspielen, heute registriert.

Zweites Bild. Am 23. August, nachts gegen 11 Uhr, sieht der Gemeindeschultheiße in Uniform (er hatte die Nachtwache zu verrichten) in Reinsdorf geschlossen werden. Der Gemeindeschultheiße hat darauf zu achten, daß es auch geschieht. Als er gegen 12 Uhr in die Nähe der Winklerischen Restauration kommt, hört er aus einer kleinen Feuerwehrkugel rufen. Der Laut war der Gemeindeschultheiße oder der Gendarman. Der Dialog geht los: "Sind Sie da?" "Ja, wohl, Herr Gendarman." "Ist drinnen bei Schred (die Restauration unseres Freien Schred) schon Feierabend? Wohl noch nicht?" "Die Fuß-einanderliebung über das Feierabendbrett spielt sich weiter fort. Der Gemeindeschultheiße sagt weiter: "Ich kann überhaupt nicht Feierabend bieten, denn wenn der Gemeindeschultheiße zu einem Wirt (Genossen Schred) sagt: Wenn wir uns verstehen würden, könnten Sie auflassen bis morgen um 8 und 4 Uhr, dann ist mein Einfluss gleich Null." Der Gendarman darauf: "Sie sind Beamter; soll ich Sie verhören; soll ich Ihnen die Uniform aussuchen lassen?" Der Gemeindeschultheiße fahrt seinen Dienst fest am Arm und ruft: "Sie sind verhaftet; ziehen Sie Ihre Uniform aus!" Man muß bedenken, daß sich diese Episode auf offener Straße im Beisein mehrerer Personen abspielte. Der Gendarman schlägt vor, zu Schred zu gehen, nachts in der ersten Stunde) und zu fragen, ob das wahr ist. Der Dorfpolizist erachtet die Worte des königlichen Gendarmanen als Befehl und vorwärts geht er zu Genossen Schred. Schred ist in seiner Wohnung und will ihn gerade zur Ruhe legen. "Herr Schred, der Gendarman ist unten und will Sie sprechen." Schred steckt sich notdürftig an und begibt sich hinab. Unten fand er den Gendarmanen, Gemeindeschultheiße, Leiter und Gemeindeschultheiße vor. Der Gendarman: "Die Sache hat sich erledigt, Sie sind Ihren Verpflichtungen nachgekommen, Sie können wieder hinaufgehen."

Drittes Bild. Freitag den 30. August abends gegen 10 Uhr. Der Gemeindeschultheiße sitzt im Restaurant Winkler beim Glas Bier. Hierin schreitet der Gemeindeschultheiße. "Schön kommen Sie heraus. Wo ist Ihre Stiekuh, ich will Sie aufziehen." Er fordert den Gemeindeschultheißen jedoch auf, mit nach seiner Wohnung zu gehen, weil er Schlüssel und Scheide dort habe. Schreit lehnt dies ab. Es kommt wieder zu einer Auseinandersetzung, wobei sich der Gemeindeschultheiße sagt weiter: "Ich kann überhaupt nicht Feierabend bieten, denn wenn der Gemeindeschultheiße zu einem Wirt (Genossen Schred) sagt: Wenn wir uns verstehen würden, könnten Sie auflassen bis morgen um 8 und 4 Uhr, dann ist mein Einfluss gleich Null." Der Gendarman darauf: "Sie sind Beamter; soll ich Sie verhören; soll ich Ihnen die Uniform aussuchen lassen?" Der Gemeindeschultheiße fahrt seinen Dienst fest am Arm und ruft: "Sie sind verhaftet; ziehen Sie Ihre Uniform aus!" Man muß bedenken, daß sich diese Episode auf offener Straße im Beisein mehrerer Personen abspielte. Der Gendarman schlägt vor, zu Schred zu gehen, nachts in der ersten Stunde) und zu fragen, ob das wahr ist. Der Dorfpolizist erachtet die Worte des königlichen Gendarmanen als Befehl und vorwärts geht er zu Genossen Schred. Schred ist in seiner Wohnung und will ihn gerade zur Ruhe legen. "Herr Schred, der Gendarman ist unten und will Sie sprechen." Schred steckt sich notdürftig an und begibt sich hinab. Unten fand er den Gendarmanen, Gemeindeschultheiße, Leiter und Gemeindeschultheiße vor. Der Gendarman: "Die Sache hat sich erledigt, Sie sind Ihren Verpflichtungen nachgekommen, Sie können wieder hinaufgehen."

Viertes Bild am 2. September. Der Gemeindeschultheiße kommt in die Wohnung des Gemeindeschultheißen und fragt, ob etwas zu tun sei. Antwort: "Ich habe nichts mehr für Sie zu tun; Sie sind Ihren Dienst entbunden und betreten meine Wohnung nicht mehr." Der Gemeindeschultheiße geht ab. Auf dem Wege nach Unterlohe zu sieht er den Gemeindeschultheißen Schreit auf der Wiese. Er geht zu ihm hin und sagt: "Der Gemeindeschultheiße hat mich soeben meines Dienstes entbunden, ich soll seine Wohnung nicht mehr betreten." Schreit sagt darauf: "Da wollen wir doch heute abends um 8 Uhr im Winklerischen Restaurant eine Gemeindeschultheiße abhalten; Sie können dazu eintreten", was der Gemeindeschultheiße auch tat. Um 8 Uhr lagt der Gemeindeschultheiße zu ihm: "Schreit, Sie tun weiter Dienst; es muß jemand die Nacht draußen sein, das Dorf kann nicht ohne Aufsicht bleiben." Schreit verzichtet also weiter Dienst.

Fünftes Bild am Mittwoch den 4. September. Die Tochter des Gemeindeschultheißen kommt gekrümmt und ruft: "Vater, du sollst gleich nach Hause kommen, der Gendarman ist da." Der Gendarman steht ihm mit, daß er durch die Amtschultheiße seines Dienstes entbunden sei und ihm die Uniformstunde ausstehen soll. Der Gemeindeschultheiße erklärt, die Uniform nur dann auszuhändigen, wenn er ihm ein Schriftstück der Amtschultheiße vorweist, was er aber nicht tat oder konnte, sondern nur sagte, das nächste würde er schon in ein paar Tagen erläutern. Die Frau des Gemeindeschultheißen gibt ihm die Uniform; mit dieser bewaffnet zieht der Gendarman ab.

Die Tochter des Ortsbürobers von Reinsdorf ist jetzt nun wieder neu zu delegieren. Der Lust hat, die Rolle des Dorfpolizisten zu spielen, kann sich melden.

Sechstes Bild am Dienstag den 10. September. Beim Eichendorfchen ist am Donnerstag nach der Mitternacht Gedränge.

Siebenes Bild am Dienstag den 10. September. Beim Eichendorfchen ist am Donnerstag nach der Mitternacht Gedränge.

Achtes Bild am Dienstag den 10. September. Beim Eichendorfchen ist am Donnerstag nach der Mitternacht Gedränge.

Neuntes Bild am Dienstag den 10. September. Beim Eichendorfchen ist am Donnerstag nach der Mitternacht Gedränge.

Zehntes Bild am Dienstag den 10. September. Beim Eichendorfchen ist am Donnerstag nach der Mitternacht Gedränge.

Elftes Bild am Dienstag den 10. September. Beim Eichendorfchen ist am Donnerstag nach der Mitternacht Gedränge.

Elftes Bild am Dienstag den 10. September. Beim Eichendorfchen ist am Donnerstag nach der Mitternacht Gedränge.

Elftes Bild am Dienstag den 10. September. Beim Eichendorfchen ist am Donnerstag nach der Mitternacht Gedränge.

Elftes Bild am Dienstag den 10. September. Beim Eichendorfchen ist am Donnerstag nach der Mitternacht Gedränge.

Elftes Bild am Dienstag den 10. September. Beim Eichendorfchen ist am Donnerstag nach der Mitternacht Gedränge.

Elftes Bild am Dienstag den 10. September. Beim Eichendorfchen ist am Donnerstag nach der Mitternacht Gedränge.

Elftes Bild am Dienstag den 10. September. Beim Eichendorfchen ist am Donnerstag nach der Mitternacht Gedränge.

Elftes Bild am Dienstag den 10. September. Beim Eichendorfchen ist am Donnerstag nach der Mitternacht Gedränge.

Elftes Bild am Dienstag den 10. September. Beim Eichendorfchen ist am Donnerstag nach der Mitternacht Gedränge.

Elftes Bild am Dienstag den 10. September. Beim Eichendorfchen ist am Donnerstag nach der Mitternacht Gedränge.

Elftes Bild am Dienstag den 10. September. Beim Eichendorfchen ist am Donnerstag nach der Mitternacht Gedränge.

Elftes Bild am Dienstag den 10. September. Beim Eichendorfchen ist am Donnerstag nach der Mitternacht Gedränge.

Elftes Bild am Dienstag den 10. September. Beim Eichendorfchen ist am Donnerstag nach der Mitternacht Gedränge.

Elftes Bild am Dienstag den 10. September. Beim Eichendorfchen ist am Donnerstag nach der Mitternacht Gedränge.

Elftes Bild am Dienstag den 10. September. Beim Eichendorfchen ist am Donnerstag nach der Mitternacht Gedränge.

Elftes Bild am Dienstag den 10. September. Beim Eichendorfchen ist am Donnerstag nach der Mitternacht Gedränge.

Elftes Bild am Dienstag den 10. September. Beim Eichendorfchen ist am Donnerstag nach der Mitternacht Gedränge.

Elftes Bild am Dienstag den 10. September. Beim Eichendorfchen ist am Donnerstag nach der Mitternacht Gedränge.

Elftes Bild am Dienstag den 10. September. Beim Eichendorfchen ist am Donnerstag nach der Mitternacht Gedränge.

Elftes Bild am Dienstag den 10. September. Beim Eichendorfchen ist am Donnerstag nach der Mitternacht Gedränge.

Elftes Bild am Dienstag den 10. September. Beim Eichendorfchen ist am Donnerstag nach der Mitternacht Gedränge.

Elftes Bild am Dienstag den 10. September. Beim Eichendorfchen ist am Donnerstag nach der Mitternacht Gedränge.

Elftes Bild am Dienstag den 10. September. Beim Eichendorfchen ist am Donnerstag nach der Mitternacht Gedränge.

Elftes Bild am Dienstag den 10. September. Beim Eichendorfchen ist am Donnerstag nach der Mitternacht Gedränge.

Elftes Bild am Dienstag den 10. September. Beim Eichendorfchen ist am Donnerstag nach der Mitternacht Gedränge.

Elftes Bild am Dienstag den 10. September. Beim Eichendorfchen ist am Donnerstag nach der Mitternacht Gedränge.

Elftes Bild am Dienstag den 10. September. Beim Eichendorfchen ist am Donnerstag nach der Mitternacht Gedränge.

Elftes Bild am Dienstag den 10. September. Beim Eichendorfchen ist am Donnerstag nach der Mitternacht Gedränge.

Kennen e Wissen e Kunst

deutlichem Boden zu einem überaus bedeutenden Ereignis in der Geschichte der Internationale gestaltet hat, bevor ferner den Einbruch der Verhandlungen auf Besetzung undburgerliche Presse und mir die Frage auf: Könnten wir als Partei mit dem zufrieden sein, was der Kongress geleistet hat? Diese Frage sei entchieden mit Ne zu beantworten. Referent befürte die Ungültigkeitserklärung der beiden Frauenmandate. Grund und Ursache einer Prüfung unverzichtbar, und gibt der Hoffnung Raum, doch fünfzig Mandate der Frauen nicht mehr auf ungleichem Wege zuhanden kommen. Die Waisenfrage habe innerhalb der deutschen Delegation ihre Regelung gefunden. Die Vertreter der Gewerkschaften wären von dem Beschluss gefleckt gewesen, gemeinsam mit der Partei auf dem Gebiete der Durchführung der Arbeitserlaubnis am 1. Mai zu wirken. Eine Beleidigung der Arbeiterarbeite bedeutete Rücksicht; man habe sich aber auch nicht auf den Standpunkt stellen können, die Partei am Sonntag oder am Abend des 1. Mai zu begehen, sondern daran festgehalten, wie es in der auf dem Mannheimer Parteitag beschlossenen Resolution festgelegt ist. Während die Partei dieser eine Verantwortung für die Löser des 1. Mai durch Auskündigungen offiziell nicht trug, sollte das jetzt anders werden. Die endgültige Anerkennung dieser Frage werde auf dem Parteitag in Essen erfolgen. Wenn behauptet werde, daß nun die Marxistin dem Grunde verfallen sei, ist Referent der Meinung, daß durch diese Regelung der Waisenfrage das Gegenteil erreicht werde. In der Frage der Kolonialpolitik standen sich in der Kommission die Vertreter der Mehrheitsresolution, die in einer in französischem Sinne herbeigeführten Kolonialpolitik Pagen für die Arbeiterschaft ehrlichen und die Vertreter der Minderheitsresolution, die eine kolonialpolitisch grundfeste bewahren, gegenüber, zumal die Unterstützung einer sozialistischen Kolonialpolitik durch die herrschende kapitalistische Gesellschaft nur im Sinne kapitalistischer Ausbeutung gezielt werden könnte. Im Plenum drang die radikale Richtung mit einer Mehrheit von wenigen Stimmen durch und wurde nach Ablehnung des ersten Ablasses der Mehrheitsresolution die vorherige Minderheitsresolution in der Gesamtabstimmung angenommen. (Beifall.) Nachdem Referent die in den Fragen Frauenrecht und Partei und Gewerkschaften verfolgten Debatten in Kommissionen und Plenum und die dazu gefassten Beschlüsse den Anwesenden vor Augen geführt und auch die Ein- und Auswanderungsfrage einer Erörterung unterzogen hatte, geht er über zum Punkt Militärismus und die internationale Konflikte und führt aus, diese Frage erregte die Erwahnung der politischen Gruppen aller Nationen. Man war schon auf eine Trennung der sozialistischen Parteien vorbereitet und es schien vorließ, daß eine Eingang nicht zustande kommen würde, indem man sich über Mittel und Wege, um Pforte zu gelangen, nicht einig werden zu können glaubte. Die Haushalte spielten sich in der Militärikommission ab und die von Adler und Bandemer eingeführte Resolution, die ein Widerstand zu nennen ist, ließ die Verhandlungen in völliger Einigkeit ausklingen. Die einstimmige Abstimmung der Resolution im Plenum hat gezeigt, daß das Proletariat einen Schritt in der Konsolidierung der Bekämpfung des Militärismus, nur sind die zu beobachtenden Wege und angewandten Mittel den einzelnen Nationen überlassen. Auch die sozialdemokratische Partei Deutschlands wird gegebenenfalls ihren Mann zu stellen müssen. (Beifall.)

Genosse Kühl gibt noch einen kurzen Bericht vom ersten Internationalen Jugendkongress, der einen klaren Einblick in den Stand der Jugendbewegung der einzelnen Nationen bei und berichtet über Organisationsarbeiten, Jugendorgane (Presse) und Zwecke und Ziel der Jugendorganisationen in den anderen Ländern. Die Hauptaufgaben, die sich die Jugendorganisationen in den einzelnen Ländern gestellt haben, sind antisozialistische Propaganda, künstlerische Bildung durch Flugblätter und Broschüren, Bergungsschule, Bildungsberatungen aller Art usw. Auch im 4. Kreis habe man eingesehen, daß man mit allen Kräften und großen Mitgliedszahlen allein die herrschende Gesellschaft nicht aus den Angeln heben kann. Wenn man den Geschäftsräumen des Internationalen Kongresses und der Internationalen Jugendkonferenz Reduktion streuen will, müsse die Jugendbewegung gefordert werden. (Beifall.)

Genosse Dr. Düncker: Es habe zwar veritable großes Interesse an der Berichterstattung über die Jugendbewegung genommen, aber er sieht hier eine besondere Verbindung darüber gewünscht, damit der Bericht über Stuttgart hier etwas ausführlicher hätte sein können. Der Internationale Kongress unterscheide sich hinsichtlich der Berichterstattung wesentlich vom Parteitag, da über die Zusammenfassung des deutschen Plenums nichts mitgeteilt wurde. Er wünscht vom Referenten Auskunft, wie sich das Städtischeverband innerhalb der deutschen Delegation zeigt habe bezüglich der revolutionären Richtung und welche Rolle die Deutschen in den Kommissionen gespielt haben. Der Kongress habe gezeigt, daß die deutsche Sozialdemokratie nicht mehr internationale Zügeltragen lei, was sie bis Amsterdam noch war. Die deutsche Partei sei in Stuttgart fast isoliert gewesen, weil sie opportunistischen Strömungen Neigung getragen habe. Das zeige die Abstimmung zur Mehrheitsresolution in der Kolonialfrage. Er fragt, wie es gekommen, daß die Deutschen bis auf eine einzige Minderheit der polnischen Mehrheitsresolution zugestimmt habe? Welchen habe die habt? Er habe mit Erstaunen die Ausführungen von von Kol, David und Bernstein gesehen. Wir Sozialisten müssen uns mit dem Gedanken auseinandersetzen, mit Waffengewalt in die Kolonien einzudringen. Diese Ausführungen schlagen allen bisherigen Gesplogenheiten in der Stellungnahme der deutschen Sozialdemokratie in der Kolonialfrage ins Gepräge. Er fragt, wie bei es gekommen, daß das Amendumment Ledebour-Kautsky im Plenum nicht aufgenommen worden ist? Warum hat Deutschland im Plenum in der Kolonialfrage keine ganzen Stimmen geschlossen für die Mehrheitsresolution in die Waisenfrage geworfen? Obwohl nun glücklicherweise die Tafel der deutschen Sozialdemokratie durch Annahme der Minderheitsresolution auf dem Kongress festgelegt worden sei, schreibe die Sozialistische Arbeiterzeitung der Partei kaum wohl vom Genossen Dr. Grabmayer: „Es gehört keine Preiswertigkeit, uns vorzuwerfen, daß in dem Stuttgarter Beschuß bereits keine baldige Wiederauslösung feint. Durch eine Art Abstimmung wurde zwar mit kleiner Mehrheit die Minderheitsresolution der Kommission vom Plenum abgelehnt, die Mehrheitsresolution abgelehnt — die Deutschen kamen bei der Gesamtabstimmung eigentlich gegen ihren eigenen Beschuß —, aber die Tendenz war unverkennbar: auf die Kolonialpolitik politisch einzurichten und sich nicht mit der starken Negation zu begnügen.“ Die Seelenverwandtschaft mit der jüdischen Tagesschrift ist, weil sie wortwörtlich doppelte Schleife, unversierbar ausgegangen. (Zuruf: Preiswertigkeit!) Daß trete, daß die Sozialdemokratische Minderheit das Ergebnis des Internationalen Kongresses darstellen als eine Kräftebildung des reformistischen Gedankens, der von der deutschen Partei geprägt wurde. Man wolle „positive“, sozialistische Kolonialpolitik treiben. Nun ist aber schon immer und nie „positive“ gearbeitet worden, freilich mit grundsätzlicher Ablehnung der Kolonialpolitik. Die deutsche Partei verzerrt indes diese fränzige Thesen, wenn sie ihrer bisherigen Stellung zur Kolonialpolitik im Sinne Bernsteins und anderer revidiert. Die deutschen Verteilungskräfte hätten entschieden dafür einzutreten, daß in der angenommenen Minderheitsresolution glücklich zum Ausdrucke kommt. Einen Beschuß, den Revisionisten zur Kolonialfrage in den Sozialistischen Monarchen gemacht haben, unterdrückte er auch, nämlich den, das gleich burgrechtlichen Abgeordneten auch Sozialdemokraten. Insofern verrieten in die Kolonien einzutreten, daß die Deutschen Verteilungskräfte und andere revidierten. Die bisherige Haltung der deutschen Partei beobachtet wurde, wie sie in der Minderheitsresolution glücklich zum Ausdrucke kam. In bezug auf die Stellung des Kongresses zum Waisenfrage wünschte Genosse Dr. Düncker Auskunft über die Annahme der Rede Böllmer im Plenum, die noch bei manchem Genossen Skepsis erzeugt hat und leicht seine Ausführungen: Die alten sozialistischen Parteigründungen sind auf dem Internationalen Kongress zum Sieg gekommen, wobei freilich die Deutschen von den andern Staaten auf die richtige Seite gerufen werden wollten. Die deutsche Delegation hat damit der Welt ein beschämendes Beispiel gegeben. (Beifall.)

Genosse Kühl gibt Auskunft über die Abstimmungsverhältnisse und Mehrheitsverteilung in den Delegationen und bemerkt, daß Genosse Nord bei der Gesamtabstimmung der Resolution zur Kolonialfrage nicht im Sinne der deutschen Delegation gestimmt habe; daß Berthold habe ihm klare Kritik bezüglich der deutschen Delegation eingetragen.

Genosse Ledebour habe seiner Aussicht nach tatsächlich falsch gehandelt, indem er die Begründung der Minderheitsresolution mit einem Angriff auf den Verteilungskreis und Genosse David einleitete. Er (Kühn) habe für die Mehrheitsresolution gestimmt. Von einer Konsequenz an den Besitzkämpfen läuft keine Rede ein und weist für seine Person die Meinung aus, daß der Besitzkampf geleistet hat. Die Frage sei entchieden mit Ne zu beantworten. Referent befürte die Ungültigkeitserklärung der beiden Frauenmandate. Grund und Ursache einer Prüfung unverzichtbar, und gibt der Hoffnung Raum, doch fünfzig Mandate der Frauen nicht mehr auf ungleichem Wege zuhanden kommen. Die Waisenfrage habe innerhalb der Deutschen Delegation ihre Regelung gefunden. Die Vertreter der Gewerkschaften wären von dem Beschluss gefleckt gewesen, gemeinsam mit der Partei auf dem Gebiete der Durchführung der Arbeitserlaubnis am 1. Mai zu wirken. Eine Beleidigung der Arbeiterarbeite bedeutete Rücksicht; man habe sich aber auch nicht auf den Standpunkt stellen können, die Partei am Sonntag oder am Abend des 1. Mai zu begehen, sondern daran festgehalten, wie es in der auf dem Mannheimer Parteitag beschlossenen Resolution festgelegt ist. Während die Partei dieser eine Verantwortung für die Löser des 1. Mai durch Auskündigungen offiziell nicht trug, sollte das jetzt anders werden. Die endgültige Anerkennung dieser Frage werde auf dem Parteitag in Essen erfolgen. Wenn behauptet werde, daß nun die Marxistin dem Grunde verfallen sei, ist Referent der Meinung, daß durch diese Regelung der Waisenfrage das Gegenteil erreicht werde. In der Frage der Kolonialpolitik standen sich in der Kommission die Vertreter der Mehrheitsresolution, die in einer in französischem Sinne herbeigeführten Kolonialpolitik Pagen für die Arbeiterschaft ehrlichen und die Vertreter der Minderheitsresolution, die eine kolonialpolitisch grundfeste bewahren, gegenüber, zumal die Unterstützung einer sozialistischen Kolonialpolitik durch die herrschende kapitalistische Gesellschaft nur im Sinne kapitalistischer Ausbeutung gezielt werden könnte. Im Plenum drang die radikale Richtung mit einer Mehrheit von wenigen Stimmen durch und wurde nach Ablehnung des ersten Ablasses der Mehrheitsresolution die vorherige Minderheitsresolution in der Gesamtabstimmung angenommen. (Beifall.) Nachdem Referent die in den Fragen Frauenrecht und Partei und Gewerkschaften verfolgten Debatten in Kommissionen und Plenum und die dazu gefassten Beschlüsse den Anwesenden vor Augen geführt und auch die Ein- und Auswanderungsfrage einer Erörterung unterzogen hatte, geht er über zum Punkt Militärismus und die internationale Konflikte und führt aus, diese Frage erregte die Erwahnung der politischen Gruppen aller Nationen. Man war schon auf eine Trennung der sozialistischen Parteien vorbereitet und es schien vorließ, daß eine Eingang nicht zustande kommen würde, indem man sich über Mittel und Wege, um Pforte zu gelangen, nicht einig werden zu können glaubte. Die Haushalte spielten sich in der Militärikommission ab und die von Adler und Bandemer eingeführte Resolution, die ein Widerstand zu nennen ist, ließ die Verhandlungen in völligiger Einigkeit ausklingen. Die einstimmige Abstimmung der Resolution im Plenum hat gezeigt, daß das Proletariat einen Schritt in der Konsolidierung der Bekämpfung des Militärismus, nur sind die zu beobachtenden Wege und angewandten Mittel den einzelnen Nationen überlassen. Auch die sozialdemokratische Partei Deutschlands wird gegebenenfalls ihren Mann zu stellen müssen. (Beifall.)

Genosse Bock ist der Meinung, daß der jetzige Abstimmungsbodus auf dem Internationalen Kongress eine Änderung zu unterliegen sei. Eine Auskunfts- und Meinungsabstimmung, Unregelmäßigkeiten sollten dort angeben werden. Bindende Beschlüsse zu fassen, sollte man den einzelnen Nationen überlassen. Es könne den gefassten Beschuß in der Kolonialfrage nicht begrenzen, welcher die positive Tätigkeit auf dem Gebiete der Kolonialpolitik ausdrücke. Er weist auf das Beispiel Amerikas hin und erklärt, er sehe in Punkte Kolonialpolitik auf dem Standpunkt Böckels, der im Reichstag erklärt hat: „Es ist ein großer Unterschied, wie Kolonialpolitik getrieben wird. Kommen die Vertreter der sozialdemokratischen Länder zu fremden Ländern als Befreier und Bildner, um ihnen die Errungenheiten des Sozialismus und Kultur zu bringen, um sie zu kultivierten Menschen zu erziehen, dann sind wir Sozialdemokraten die ersten, die eine solche Kolonialpolitik im westlichen Maße zu unterstützen bereit waren.“ Kommen wir zu den Eingeborenen nicht als Unterdrücker und Ausbeuter, erfüllen wir eine Pflicht des Menschlichkeit. Wir sind auf die Schäfe, die in den Kolonien aufzupflocken sind, an, gewinnen und es liege in der logistischen Anstrengung, wenn wir erkannt, die Schäfe find nicht Eigentum der Eingeborenen, sondern gehören den Menschen der ganzen Welt.

Genosse Bock ist der Meinung, daß der jetzige Abstimmungsbodus auf dem Internationalen Kongress eine Änderung zu unterliegen sei. Eine Auskunfts- und Meinungsabstimmung, Unregelmäßigkeiten sollten dort angeben werden. Bindende Beschlüsse zu fassen, sollte man den einzelnen Nationen überlassen. Es könne den gefassten Beschuß in der Kolonialfrage nicht begrenzen, welcher die positive Tätigkeit auf dem Gebiete der Kolonialpolitik ausdrücke. Er weist auf das Beispiel Amerikas hin und erklärt, er sehe in Punkte Kolonialpolitik auf dem Standpunkt Böckels, der im Reichstag erklärt hat: „Es ist ein großer Unterschied, wie Kolonialpolitik getrieben wird. Kommen die Vertreter der sozialdemokratischen Länder zu fremden Ländern als Befreier und Bildner, um ihnen die Errungenheiten des Sozialismus und Kultur zu bringen, um sie zu kultivierten Menschen zu erziehen, dann sind wir Sozialdemokraten die ersten, die eine solche Kolonialpolitik im westlichen Maße zu unterstützen bereit waren.“ Kommen wir zu den Eingeborenen nicht als Unterdrücker und Ausbeuter, erfüllen wir eine Pflicht des Menschlichkeit. Wir sind auf die Schäfe, die in den Kolonien aufzupflocken sind, an, gewinnen und es liege in der logistischen Anstrengung, wenn wir erkannt, die Schäfe find nicht Eigentum der Eingeborenen, sondern gehören den Menschen der ganzen Welt.

Genosse Bock ist der Meinung, daß der jetzige Abstimmungsbodus auf dem Internationalen Kongress eine Änderung zu unterliegen sei. Eine Auskunfts- und Meinungsabstimmung, Unregelmäßigkeiten sollten dort angeben werden. Bindende Beschlüsse zu fassen, sollte man den einzelnen Nationen überlassen. Es könne den gefassten Beschuß in der Kolonialfrage nicht begrenzen, welcher die positive Tätigkeit auf dem Gebiete der Kolonialpolitik ausdrücke. Er weist auf das Beispiel Amerikas hin und erklärt, er sehe in Punkte Kolonialpolitik auf dem Standpunkt Böckels, der im Reichstag erklärt hat: „Es ist ein großer Unterschied, wie Kolonialpolitik getrieben wird. Kommen die Vertreter der sozialdemokratischen Länder zu fremden Ländern als Befreier und Bildner, um ihnen die Errungenheiten des Sozialismus und Kultur zu bringen, um sie zu kultivierten Menschen zu erziehen, dann sind wir Sozialdemokraten die ersten, die eine solche Kolonialpolitik im westlichen Maße zu unterstützen bereit waren.“ Kommen wir zu den Eingeborenen nicht als Unterdrücker und Ausbeuter, erfüllen wir eine Pflicht des Menschlichkeit. Wir sind auf die Schäfe, die in den Kolonien aufzupflocken sind, an, gewinnen und es liege in der logistischen Anstrengung, wenn wir erkannt, die Schäfe find nicht Eigentum der Eingeborenen, sondern gehören den Menschen der ganzen Welt.

Genosse Bock ist der Meinung, daß der jetzige Abstimmungsbodus auf dem Internationalen Kongress eine Änderung zu unterliegen sei. Eine Auskunfts- und Meinungsabstimmung, Unregelmäßigkeiten sollten dort angeben werden. Bindende Beschlüsse zu fassen, sollte man den einzelnen Nationen überlassen. Es könne den gefassten Beschuß in der Kolonialfrage nicht begrenzen, welcher die positive Tätigkeit auf dem Gebiete der Kolonialpolitik ausdrücke. Er weist auf das Beispiel Amerikas hin und erklärt, er sehe in Punkte Kolonialpolitik auf dem Standpunkt Böckels, der im Reichstag erklärt hat: „Es ist ein großer Unterschied, wie Kolonialpolitik getrieben wird. Kommen die Vertreter der sozialdemokratischen Länder zu fremden Ländern als Befreier und Bildner, um ihnen die Errungenheiten des Sozialismus und Kultur zu bringen, um sie zu kultivierten Menschen zu erziehen, dann sind wir Sozialdemokraten die ersten, die eine solche Kolonialpolitik im westlichen Maße zu unterstützen bereit waren.“ Kommen wir zu den Eingeborenen nicht als Unterdrücker und Ausbeuter, erfüllen wir eine Pflicht des Menschlichkeit. Wir sind auf die Schäfe, die in den Kolonien aufzupflocken sind, an, gewinnen und es liege in der logistischen Anstrengung, wenn wir erkannt, die Schäfe find nicht Eigentum der Eingeborenen, sondern gehören den Menschen der ganzen Welt.

Genosse Bock ist der Meinung, daß der jetzige Abstimmungsbodus auf dem Internationalen Kongress eine Änderung zu unterliegen sei. Eine Auskunfts- und Meinungsabstimmung, Unregelmäßigkeiten sollten dort angeben werden. Bindende Beschlüsse zu fassen, sollte man den einzelnen Nationen überlassen. Es könne den gefassten Beschuß in der Kolonialfrage nicht begrenzen, welcher die positive Tätigkeit auf dem Gebiete der Kolonialpolitik ausdrücke. Er weist auf das Beispiel Amerikas hin und erklärt, er sehe in Punkte Kolonialpolitik auf dem Standpunkt Böckels, der im Reichstag erklärt hat: „Es ist ein großer Unterschied, wie Kolonialpolitik getrieben wird. Kommen die Vertreter der sozialdemokratischen Länder zu fremden Ländern als Befreier und Bildner, um ihnen die Errungenheiten des Sozialismus und Kultur zu bringen, um sie zu kultivierten Menschen zu erziehen, dann sind wir Sozialdemokraten die ersten, die eine solche Kolonialpolitik im westlichen Maße zu unterstützen bereit waren.“ Kommen wir zu den Eingeborenen nicht als Unterdrücker und Ausbeuter, erfüllen wir eine Pflicht des Menschlichkeit. Wir sind auf die Schäfe, die in den Kolonien aufzupflocken sind, an, gewinnen und es liege in der logistischen Anstrengung, wenn wir erkannt, die Schäfe find nicht Eigentum der Eingeborenen, sondern gehören den Menschen der ganzen Welt.

Genosse Bock ist der Meinung, daß der jetzige Abstimmungsbodus auf dem Internationalen Kongress eine Änderung zu unterliegen sei. Eine Auskunfts- und Meinungsabstimmung, Unregelmäßigkeiten sollten dort angeben werden. Bindende Beschlüsse zu fassen, sollte man den einzelnen Nationen überlassen. Es könne den gefassten Beschuß in der Kolonialfrage nicht begrenzen, welcher die positive Tätigkeit auf dem Gebiete der Kolonialpolitik ausdrücke. Er weist auf das Beispiel Amerikas hin und erklärt, er sehe in Punkte Kolonialpolitik auf dem Standpunkt Böckels, der im Reichstag erklärt hat: „Es ist ein großer Unterschied, wie Kolonialpolitik getrieben wird. Kommen die Vertreter der sozialdemokratischen Länder zu fremden Ländern als Befreier und Bildner, um ihnen die Errungenheiten des Sozialismus und Kultur zu bringen, um sie zu kultivierten Menschen zu erziehen, dann sind wir Sozialdemokraten die ersten, die eine solche Kolonialpolitik im westlichen Maße zu unterstützen bereit waren.“ Kommen wir zu den Eingeborenen nicht als Unterdrücker und Ausbeuter, erfüllen wir eine Pflicht des Menschlichkeit. Wir sind auf die Schäfe, die in den Kolonien aufzupflocken sind, an, gewinnen und es liege in der logistischen Anstrengung, wenn wir erkannt, die Schäfe find nicht Eigentum der Eingeborenen, sondern gehören den Menschen der ganzen Welt.

Genosse Bock ist der Meinung, daß der jetzige Abstimmungsbodus auf dem Internationalen Kongress eine Änderung zu unterliegen sei. Eine Auskunfts- und Meinungsabstimmung, Unregelmäßigkeiten sollten dort angeben werden. Bindende Beschlüsse zu fassen, sollte man den einzelnen Nationen überlassen. Es könne den gefassten Beschuß in der Kolonialfrage nicht begrenzen, welcher die positive Tätigkeit auf dem Gebiete der Kolonialpolitik ausdrücke. Er weist auf das Beispiel Amerikas hin und erklärt, er sehe in Punkte Kolonialpolitik auf dem Standpunkt Böckels, der im Reichstag erklärt hat: „Es ist ein großer Unterschied, wie Kolonialpolitik getrieben wird. Kommen die Vertreter der sozialdemokratischen Länder zu fremden Ländern als Befreier und Bildner, um ihnen die Errungenheiten des Sozialismus und Kultur zu bringen, um sie zu kultivierten Menschen zu erziehen, dann sind wir Sozialdemokraten die ersten, die eine solche Kolonialpolitik im westlichen Maße zu unterstützen bereit waren.“ Kommen wir zu den Eingeborenen nicht als Unterdrücker und Ausbeuter, erfüllen wir eine Pflicht des Menschlichkeit. Wir sind auf die Schäfe, die in den Kolonien aufzupflocken sind, an, gewinnen und es liege in der logistischen Anstrengung, wenn wir erkannt, die Schäfe find nicht Eigentum der Eingeborenen, sondern gehören den Menschen der ganzen Welt.

Genosse Bock ist der Meinung, daß der jetzige Abstimmungsbodus auf dem Internationalen Kongress eine Änderung zu unterliegen sei. Eine Auskunfts- und Meinungsabstimmung, Unregelmäßigkeiten sollten dort angeben werden. Bindende Beschlüsse zu fassen, sollte man den einzelnen Nationen überlassen. Es könne den gefassten Beschuß in der Kolonialfrage nicht begrenzen, welcher die positive Tätigkeit auf dem Gebiete der Kolonialpolitik ausdrücke. Er weist auf das Beispiel Amerikas hin und erklärt, er sehe in Punkte Kolonialpolitik auf dem Standpunkt Böckels, der im Reichstag erklärt hat: „Es ist ein großer Unterschied, wie Kolonialpolitik getrieben wird. Kommen die Vertreter der sozialdemokratischen Länder zu fremden Ländern als Befreier und Bildner, um ihnen die Errungenheiten des Sozialismus und Kultur zu bringen, um sie zu kultivierten Menschen zu erziehen, dann sind wir Sozialdemokraten die ersten, die eine solche Kolonialpolitik im westlichen Maße zu unterstützen bereit waren.“ Kommen wir zu den Eingeborenen nicht als Unterdrücker und Ausbeuter, erfüllen wir eine Pflicht des Menschlichkeit. Wir sind auf die Schäfe, die in den Kolonien aufzupflocken sind, an, gewinnen und es liege in der logistischen Anstrengung, wenn wir erkannt, die Schäfe find nicht Eigentum der Eingeborenen, sondern gehören den Menschen der ganzen Welt.

Genosse Bock ist der Meinung, daß der jetzige Abstimmungsbodus auf dem Internationalen Kongress eine Änderung zu unterliegen sei. Eine Auskunfts- und Meinungsabstimmung, Unregelmäßigkeiten sollten dort angeben werden. Bindende Beschlüsse zu fassen, sollte man den einzelnen Nationen überlassen. Es könne den gefassten Beschuß in der Kolonialfrage nicht begrenzen, welcher die positive Tätigkeit auf dem Gebiete der Kolonialpolitik ausdrücke. Er weist auf das Beispiel Amerikas hin und erklärt, er sehe in Punkte Kolonialpolitik auf dem Standpunkt Böckels, der im Reichstag erklärt hat: „Es ist ein großer Unterschied, wie Kolonialpolitik getrieben wird. Kommen die Vertreter der sozialdemokratischen Länder zu fremden Ländern als Befreier und Bildner, um ihnen die Errungenheiten des Sozialismus und Kultur zu bringen, um sie zu kultivierten Menschen zu erziehen, dann sind wir Sozialdemokraten die ersten, die eine solche Kolonialpolitik im westlichen Maße zu unterstützen bereit waren.“ Kommen wir zu den Eingeborenen nicht als Unterdrücker und Ausbeuter, erfüllen wir eine Pflicht des Menschlichkeit. Wir sind auf die Schäfe, die in den Kolonien aufzupflocken sind, an, gewinnen und es liege in der logistischen Anstrengung, wenn wir erkannt, die Schäfe find nicht Eigentum der Eingeborenen, sondern gehören den Menschen der ganzen Welt.

Genosse Bock ist der Meinung, daß der jetzige Abstimmungsbodus auf dem Internationalen Kongress eine Änderung zu unterliegen sei. Eine Auskunfts- und Meinungsabstimmung, Unregelmäßigkeiten sollten dort angeben werden. Bindende Beschlüsse zu fassen, sollte man den einzelnen Nationen überlassen. Es könne den gefassten Beschuß in der Kolonialfrage nicht begrenzen, welcher die positive Tätigkeit auf dem Gebiete der Kolonialpolitik ausdrücke. Er weist auf das Beispiel Amerikas hin und erklärt, er sehe in Punkte Kolonialpolitik auf dem Standpunkt Böckels, der im Reichstag erklärt hat: „Es ist ein großer Unterschied, wie Kolonialpolitik getrieben wird. Kommen die Vertreter der sozialdemokratischen Länder zu fremden Ländern als Befreier und Bildner, um ihnen die Errungenheiten des Sozialismus und Kultur zu bringen, um sie zu kultivierten Menschen zu erziehen, dann sind wir Sozialdemokraten die ersten, die eine solche Kolonialpolitik im westlichen Maße zu unterstützen bereit waren.“ Kommen wir zu den Eingeborenen nicht als Unterdrücker und Ausbeuter, erfüllen wir eine Pflicht des Menschlichkeit. Wir sind auf die Schäfe, die in den Kolonien aufzupflocken sind, an, gewinnen und es liege in der logistischen Anstrengung, wenn wir erkannt, die Schäfe find nicht Eigentum der Eingeborenen, sondern gehören den Menschen der ganzen Welt.

Genosse Bock ist der Meinung, daß der jetzige Abstimmungsbodus auf dem Internationalen Kongress eine Änderung zu unterliegen sei. Eine Auskunfts- und Meinungsabstimmung, Unregelmäßigkeiten sollten dort angeben werden. Bindende Beschlüsse zu fassen, sollte man den einzelnen Nationen überlassen. Es könne den gefassten Beschuß in der Kolonialfrage nicht begrenzen, welcher die positive Tätigkeit auf dem Gebiete der Kolonialpolitik ausdrücke. Er weist auf das Beispiel Amerikas hin und erklärt, er sehe in Punkte Kolonialpolitik auf dem

2. Beilage der Sächsischen Arbeiter-Zeitung.

Dresden, Dienstag den 10. September 1907.

18. Jahrgang.

Nr. 210.

Arbeiter-Verbandstag der deutschen Fleischergesellen

Der vorliegende Verbandstag hielt zunächst Genosse Reichstagsabgeordneter Robert Schmidt-Berlin ein Referat über die Reichstagsdebatte und die Ergebnisse der Arbeiterversammlung im Fleischergewerbe. Gegenüber der Unfähigkeit der Regierung empfahl er Selbsthilfe des Arbeiters, die allerdings eine starke Organisation für Gewerbeaufsicht habe. Der Ertrag des Sachsen-Verbandes war die Annahme folgender Resolution:

"Der Verbandstag hat aus den Verhandlungen der Kommission Arbeiterversammlung zu seinem Bedauern Kenntnis davon genommen, daß

die zuständige Beratung der im Fleischergewerbe beteiligten Gesellen

in Anwesenheit eines 12-stündigen Arbeitszeit durch eine Bundesversammlung von der Kommission für Arbeiterversammlung nicht berücksichtigt wurde. Der Verbandstag gibt der Meinung Ausdruck, daß eine 12-stündige Arbeitszeit im Fleischergewerbe durchführbar ist und die von den Unternehmern hiergegen erhobenen Einwendungen nur vom eingeschlagenen Standpunkt aus gesehen vertretbar sind. Die Erteilung der Kommission für Arbeiterversammlung habe erwiesen, daß in der letzten Zahl von Berlebten Arbeitseitern über 12 Stunden üblich sind. Der Verbandstag ist der Überzeugung, daß die Fleischergesellen erst dann aus der sieben täglichen Stellung, in die sie verabschiedet wurden, entlassen können, wenn ihnen die freie Zeit gewährt wird, die vom Unternehmen der Firma erfordert und zur Pflege eines geordneten Betriebslebens, sowie zur Wahrung der Berufsinteressen notwendig ist. Um so mehr glauben wir auf die Erteilung unserer Forderungen zu dürfen, da ein produktivitätsfördernder Arbeitstag weit zurückliegt den in anderen Berufen üblichen Arbeitseitern. Der Verbandstag rät deshalb an die Reichsregierung die Bitte, sich einstimmig der Kommission für Arbeiterversammlung, sowie dem Gutachten der katholischen Gewerkschaftsamt in der Beurteilung der Forderung einer langen Arbeitszeit nicht anzuschließen, vielmehr den bestehenden Verlangen der Fleischergesellen nach einem 12-stündigen Arbeitszeit durch Erlass einer Bundesversammlungsordnung auf Grund des § 20 des Gewerbeordnungsvorlasses, sowie Anordnungen zu treffen, die die Sammelarbeiter im Schlachthausbetrieb und in Wirtschaften einzeln und im Detailhandel auf drei Stunden beschränkt werden. Zuletzt halten wir die Bekämpfung der sonstigen Missstände in unseren Betrieben für dringend erforderlich, um sowohl im Interesse der Gewerken wie der Fleischergesellen die längst festgestellten schweren Mängel im Fleischergewerbe zu beseitigen."

Hierzu sprach Krause-Berlin über Lohnbewegungen und Streik. Er befürchtete, daß es wiederholt vorkommen könnte, daß ohne Einholung vom Gewerbevorstand abzuwarten, einfach losgeschlagen würde. Er forderte eindeutig von den Verbandsfunktionären, daß Staat zu tun. Weier erklärte, daß unter keinen Umständen Gewerkschaften auftreten werden dürften. Auch müsse gerichtet werden, bei Streiks schreien abbrechen, wenn man lebe, daß nichts mehr zu holen ist.

Die Diskussion über diesen Punkt war eine ziemlich ausgedehnte.

Es wurde zugleich das vorliegende Streikreglement einer eingebundenen Firma unterbreitet und abgelehnt.

Das Resultat der Debatte war die Ablehnung des Streiks.

Die Forderung, die die Einheiten von Lohnbewegungen an bestimmte Gewerke von organisierten Kollegen binden und die Karriere von 10 bis 3 Tage ermöglichen wollen. Das Streikreglement wurde mit 24 gegen 3 Stimmen abgelehnt.

Bei dem Verbandstag wurde dann der Centralvorsitzende Henkel-

berlin einen Vortrag über Bostock als Waffe im Kampf mit dem Unternehmer. Auch hier gaben die Ausführungen darin, daß zur Abschaffung eines willkürlichen Bostocks eine starke Organisation notwendig sei. Wie die nicht vorhanden ist, ist das kolumbierte Publizistum zu verantworten, das für den Bostock eingenommen und gewöhnlich laut dann die Beweisung bold ab.

Der Bostock wurde u. a. die Presse aufgeworfen, ob der

Streikvertrag bei Bostock nicht die Verhinderung habe, für den Gewerbevorstand zu sorgen und innerhalb der Bostock bei Ausführung eines

Streiks noch in Frage kommt.

Dann riefen Gauleiter Hirschfeld Frankfurt a. M. über

Arbeitsmarkt im Fleischergewerbe. Er ist mit den bisherigen Resultaten nicht zufrieden.

Die Vereinbarungen reagen zum Teil nach den Charakteren der Fleischereien und Schwäche der Organisation. Über die reinste Bedeutung der Tarife denkt Mederer sehr skeptisch. Auch hier ist die beste Sache die starke Organisation. Abg. Schmidt-Berlin trat hier die Aufstellung des Reiters entgegen. Von allen Gewerkschaften wurde die rechtliche Grundlage für Tarifverträge gefordert. Auch die Forderung, daß die Tarife die Vorwärtsbewegung der Organisation bei großer Konkurrenz unterstützen, sei eine träge. Die meisten Diskussionsbeiträge waren dieser Auffassung bei. Sie erklärten sich für Festlegung von Mindestlöhnen und Abschaffung der Monatszahlung.

Der nächste Gegenstand war dann die Siedlung zu den Genossenschaftsbetrieben, wobei Berlin-Berlin referierte. Den Genossenschaftsbetrieben gegenüber müssen folgende Mindestforderungen vertreten werden: Zuverlässigkeit des Arbeitnachweises, stündliche Maximalarbeitszeit, Abrechnung von Kosten und Logistiken und Beratung der Unternehmern; keiner Einigung eines Schiedsgerichts. Vor der Gründung von Produktionsgenossenschaften warnt der Redner wiederum, die ganze Entwicklung werde noch mit Misstrauen betrachtet und die Einigungen werden sich davon viel zu viel Versprechungen. Ein großer Teil seiner Ausführungen widmete Bergmann den Gewerkschaftskästen, die sich gar nicht um die Organisationsnotwendigkeit der Fleischereien kümmern. Seine Ausführungen klängen in dem Ton, daß durch die Gewerkschaftskästen noch und nach Geleisen zu seien, welche agitatorische belästigte Kollegen in gesuchter Stellung zu bringen.

Genosse Schmidt-Berlin hältte sich vollkommen auf den Boden der Realisten und erklärte, die Arbeitnehmer haben die Pflicht, mit uns nicht gegen die Gewerkschaften zu arbeiten und zu berücksichtigen, daß die Gewerkschaften auch mit kapitalistischen Konkurrenten zusammenarbeiten.

Krause-Berlin behandelte die National- und Gewerbeleistung.

Die Forderung, daß nur berufliche Interesse besteht, der Hauptvorstand vor, in Berlin, Hamburg, München und Dresden auszutragen.

In einer Abstimmung wurde dann noch über Beitragsabrechnung

für die Gewerkschaften abgestimmt. Der Referent Müller trat ein.

Für eine Beitragsabrechnung und Erfüllung der Gewerkschaften

antritt, die eine Sonderabrechnung und Erfüllung der Gewerkschaften anstrebt.

Als diese andere Forderung berücksichtigt, gab es eine größere Abstimmung.

Die Kommission schloß vor, den Beitrag für mindestens

25 Mitglieder auf 50, für weibliche auf 25 Personen zu erheben.

Die Arbeitnehmerunterstützung und zwar ab 1. Januar 1908 mit der

Arbeitszeit, die hierfür vorgesehen ist.

Die Forderung, daß die Arbeitnehmerunterstützung zu verhindern

wolle, ist nicht erfüllt worden: Nach einstimmiger Mitgliedschaft bis zu

30 M. nach zweijähriger Mitgliedschaft bis 37,50 M. und dann 45 M.

22,50 und 30 M. Außerdem hat die Kommission eine größere Reihe

von Verhältnissen zu bearbeiten und zu einer Vorlage

anzugeben, die in die Verhandlungsgesellschaften gleichfalls lediglich diskutiert werden.

Die Gewerkschaften und der Centralvorsitz sind sich einstimmig

darüber einig, daß die Gewerkschaften sich entschließen

zu einer Gewerbeaufsicht, die vorerst die Gewerkschaften aus

zusammenfassen und schließlich überprüfen soll.

Am Ende des Verbandstages lehrte jedenfalls zu schwärzen. Bei der Ab-

stimmung kamen 22 Delegierte für, 4 gegen die Einführung der Arbeitnehmerunterstützung. Diese Mehrheit erklärte sich auch für die Erhöhung der Beiträge nach der Vorlage. Ebenso wurde der Statutenänderung und einem neuen Reglement für die Verbandsfunktionäre zugestimmt. Die Gehälter der beiden Zentralvorstandesbeamten wurden um 200 M. von 2000 auf 2200 M. erhöht; die übrigen Verbandsbeamten erhalten 1900 M. Ein Antrag, den Sitz des Zentralvorstandes zu verlegen, wurde abgelehnt. Der Zentralvorstand bleibt in Berlin, Dannebrok in Hamburg. Der nächste Verbandstag ist 1910 in Dannebrok.

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Antwerpen.

ac. Der Brand im Antwerpener Hafen ist gelöscht und die Stube, die nicht von den Doktern gestört war, ist wieder hergestellt, der Kampf aber dauert fort. Wenn irgend einmal, so zeigt sich hier bei diesem Kampf die unheilvolle Macht, die ein kleines, aber reiches Konsortium von Unternehmern ausüben kann. Der Streik hat sich von den kleinsten Anfängen entwickelt; die Körnerträger fordern die Erhöhung des Lohnes von 5 Franken auf 6 Franken pro Tag. Sie verlangen damit nicht mehr, als die seit Jahresfrist eingetretene Erhöhung der Lebensmittelpreise ausmacht. Die Unternehmer behaupten, indem sie die Lohnzulage verweigern, die Prosperität des Hafens von Antwerpen zu verteidigen. Das ist natürlich eine unverhältnismäßige Verdrehung der Tatsachen, der Streik hat ihnen selbst schon mehr Schaden gebracht, als die geforderte Lohnerhöhung für das ganze Jahr ausmachen würde.

Den Antwerpener Niederlanden ist es auch gar nicht um die Lohnerhöhung zu tun, sondern vielmehr darum, ihren unumschränkten Herrschaftspunkt aufrecht zu erhalten. Dieser "Prinzip" lassen sie sich etwas kosten. Und sie fragen dabei auch gar nicht nach dem Schaden, den sie der ganzen Bevölkerung in Antwerpen aufladen. Tatsächlich sind die Waren auf den Markt aufgestapelt und können nicht befördert werden. Dauert der Streik noch lange, so wird der Antwerpener Hafen und damit ganz Belgien ungeheuer, kaum wieder gut zu mädenen Schaden erleiden. Was flammert das aber die internationalen organisierten Reeder, die der großen Verbindung von Schiffsgesellschaften angehören, die vom Morgantrust, den beiden großen deutschen Schiffsfahrtsgesellschaften und anderen gebildet wird. Das Schicksal der Arbeiter und ihrer eigenen Landsleute läßt diese "Patrioten" unberührt. Der Streik wäre längst beigelegt, wenn die Unternehmer etwas weniger halsstarrig auf ihrem Standpunkt verharren. Die Arbeiter haben bekanntlich angeboten, zu den alten Bedingungen zurückzufallen, wenn dann ihre Forderungen einem Schiedsgericht unterbreitet werden. Bürgermeister und Minister haben sich vergeblich bemüht, die Unternehmer zum Nachgeben zu bewegen. Die öffentliche Meinung, soweit sie nicht vollständig von den Reedern beherrscht wird, ist denn auch noch wie vor der Arbeiterschaft günstig, seit die anständigeren katholischen Blätter mühsam zugeben, daß die Schuld auf Seite der Unternehmer liege.

für die Vorcommunis der letzten Tage, namentlich auch

für die Brandstiftung, lehnen die Streikenden jede Verantwortung ab. Die Hafenarbeiter sind seit Jahren organisiert

und haben längst begriffen, daß sie in einer starken Organisation den besten Rückhalt haben; sie verwerfen die Gewalt,

wohl wissend, daß Gewalttätigkeit ihnen die Sympathie der Bevölkerung raubt und ihnen keinen Nutzen bringt. Die Brandstiftung geht zweifellos von Leuten aus, die mit dem Streik gar nichts zu tun haben; an allerhand Gefecht fehlt es naturgemäß in einer Hafenstadt noch weniger als in irgend einer anderen Großstadt. Im übrigen wimmelt es in Antwerpen von Polizeipräventen und allerhand fragwürdigen Elementen.

Das Executivekomitee der belgischen Arbeiterpartei hat

einen Planifikat an die Bevölkerung erlassen, in welchem es nod-

mals in klarer Weise die Ursachen des Skandals darlegt und die Unternehmer für die Folgen des Streiks verantwortlich macht. Zurückzumachen wird der von den Unternehmern erhobene Vorwurf, als ob der Streik ein "politischer", von der sozialdemokratischen Partei angezettelter wäre. Es wird nach-

gewiesen, daß die Gewerkschaft der Hafenarbeiter durchaus

unabhängig von der Partei und selbstständig vorgegangen ist.

In den letzten Tagen sind den Streikenden große Summen

zugeführt worden, so daß sie den Kampf noch für viele Wochen aufzuhalten können. Im Interesse der ganzen Bevölkerung aber

liegt eine baldige Beendigung des Konfliktes.

Dem Vorwärts wird aus Antwerpen gemeldet:

Brüssel, 7. September. Die Unternehmer liefern Plakate an, die eine verlogene Darstellung des Streiks geben.

Es heißt in diesem Anschlag, daß der Streik rein politische Ursachen habe und von der Sozialdemokratie initiiert sei. Die Unternehmer kündigen an, daß sie nicht nachgeben, um nicht

das Ansehen der Streikführer zu stärken. Der Streik bat sich

noch auf andere Unternehmertypen ausgedehnt. Ein Teil der Unternehmer will entgegen der Parole der Unternehmervereinigung arbeiten lassen, auch die Staaten sind einer Verständigung mit den Doktoren geneigt; der Präsident der Unternehmer und seine Eliten lehnen jedoch jede Vereinbarung ab. Die Kaufleute sympathisieren mit den Streikenden und geben dieser

Reaktion durch reichliche Spende von Naturalien Ausdruck. Die Diamantarbeitern bewilligen den Ausständigen

25 000 Franken. Der Streifonds ist auf über 100 000

Franken angewachsen. Ein großer Teil der Preise bekämpft

den Terrorismus der Unternehmertypen. Eine Anzahl belgischer Doktoren, die hier ansässen, haben die Arbeit

verweigert und sich in einer Streikversammlung mit den Ausständigen solidarisch erklärt. Die Promenaden am Hafen sind mit Streichen für den Verkehr abgesperrt. Das Militär und

die Bürgergarde befinden sich ununterbrochen im Dienst. Die Ruhe wurde nicht gestört.

Antwerpen, 9. September. Der Soldat Noelen, der

durch einen Schuß einen Schiffer getötet hatte, ist nach Untersuchung durch den Militärausschuss wieder in Freiheit gesetzt

worden.

Notizen.

Die Blattträger

in unserer Stadt sind in eine Lohnbewegung eingetreten, zwecks Schaffung einheitlicher Lohn- und Arbeitsbedingungen. Arbeitsangebote sind deshalb bis auf weiteres abzulehnen.

Steinbildhauer

Um die Arbeitszeit einheitlich zu gestalten, sind die hiesigen Steinbildhauer, soweit sie in den Ateliers in Marburg und Maltheim arbeiten, in eine Bewegung zur Errichtung der siebenstündigen Arbeitszeit eingetreten. Bisher wurde 7½ Stunde gearbeitet, während die Steinbildhauer bereits seit 1894 den siebenstündigen Tag haben.

Am 21. d. M. wurde die Forderung in fünf Geschäftstagen gestellt; in vier, die nicht bewilligt haben, sind am Freitag alle dagegen

Achtung, Steinarbeiter!

Für organisierte Kollegen ist der Neubau der Augustusbrücke in Dresden noch gesperrt.

Achtung, Glasarbeiter!

Bei der Firma Sächsische Glashütte in Deuben (Bz. Dresden) sind wegen Maßregelung eines Mitgliedes des Arbeitsausschusses Differenzen ausgebrochen. Die Kollegen werden erneut, vorläufig keine Arbeitsangebote bei genannter Firma zu machen. Näherer Bericht folgt. Alle arbeitsfreudlichen Blätter werden um Aufdruck gebeten.

Industrie.

Konferenz der Bergarbeiter in Essen.

Die Knappelschädeln des Oberbergamtsbezirks Dortmund, die dam alten Bergbauvereine umfassen, kamen zu einer Konferenz zur Bezeichnung des Knappelschädeln-Entwurfs zusammen. Auch die Reichstagsabgeordneten Hus und Sack waren anwesend. Es wurde eine

Resolution erlassen, die erklärt, daß man dem Statutenentwurf in seiner jetzigen Gestalt nicht zustimmen könne; gegen daß jetzt geltende Statut empfiehlt der Entwurf mindestens 15 zum erheblichen Teil recht schwerwiegende Verschärfungen.

Die Kollegen sind der Ansicht, daß es gelingen würde, auf Grund einer Vereinbarung mit den Werkbesitzern ein Statut zu schaffen, das die materielle Bedürfnisse der Mitglieder besser als jetzt befriedigt, ohne die Leistungsfähigkeit des Knappelschädelvereins zu gefährden und den Arbeitern keine anderen Verpflichtungen bringt, als die, die ihnen das neue Gesetz ihnen aufgeblättert hat.

Gingelster Tarifverhandlungen.

Der Vorstand des Verbandes der Lagerhalter gibt bekannt, daß er anlässlich einer Zustimmung des Sekretariats des Centralverbandes deutlicher Konsumvereine, in welcher angefragt wurde, ob er an der Forderung einer gleichen Bezahlung der Lagerhalter und Lagerhalterinnen und der Festlegung einer Umlagegrenze teilnehmen solle, auf diesen Forderungen teilnahm. An diesem Beschluss nahm auch der Auskäufer teil. Mit diesem Beschluss sind die Tarifverhandlungen des Verbandes mit dem Centralverband der Konsumvereine, soweit sie einen allgemeinen Tarif für die legierem angehörenden Betriebe betreffen, eingestellt.

Organisation der Kellnerinnen.

Das Gemeinkaufsamt in Stade hatte dieses Tag um die Mittwochstunde die Kellner

eines paritätischen Arbeitnehmervertrages zugestanden. Der vereinbarte Zeitraum läuft bis 1910. — Zur Unterstützung der streikenden Brauer hat das Augsburger Gemeinschaftsamt über 12 Brauereien am Ende des Bogens verhängt und die Ration von Bier aus dem Brauerei-Brauereien organisiert. Sämtliche Töchter in Brud (Bauern) legten die Arbeit nieder, weil ihre Arbeitsbedingungen nicht bewilligt wurden. — In der Leipziger Kammgarnspinnerei Baumwolle, Ahrensfelde, sind sämtliche Arbeiter in einer Lohnbewegung eingetreten. — Die Engländer gehilfen in Konstanzen haben Montag im Streik. Die Arbeitnehmer haben auswartige Arbeitskräfte Zugang nach freigemachten werden.

Ausland.

Lohnbewegung der Londoner Bädergehilfen.

ac. Die Bäderarbeiter der englischen Metropole sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Sie fordern den Aktionsdienstag, die Belebung der Bäderarbeit und einen Minimallohn von höchstens 30 Schilling.

Englischer Bergarbeiterkrieg in Sicht.

London, 9. September. An einer Versammlung in Werham beschloß der Vorstand des Bergarbeiterverbandes von Nordwales, die Beiträge mit den weiteren zum 24. September aufzuhören. Von der Regel werden 10000 Mann betroffen.

Gerichtszeitung.

Landgericht.

Eine vernichtende Wirkung hatte ein Urteil der 6. Herrenkammer auf den kleinen Diebstahl angeklagten Kellner und Händelmann Peter Alfred Wolf, 1875 in Leipzig geboren. Er hat am 25. Mai die Tür des Schlafzimmers eines Mädchens aufgerissen und darin vier Gold-Seite und 10 M. in bar geholt. Da er schon vorherhaft ist, erhält er 6 1/2 Monate Gefängnis, monatlich zwei Monate für die erlittene Unterzuchtnahme als Verhältnis gelten. Als das Urteil verkündet wurde, fing der Mann heftig an zu weinen.

Der große Unbekannte spielt eine bedeutende Rolle in einer Geschichte gegen den Kaufmann G. D. Wöllner, der sich wegen vollenbeter Verhundertachtung und verdeckten Betrugs zu verantworten hatte. Nach seiner Verhandlung trat er am 27. Juli vor der Erprobung der Neuen Nachrichten einen Unbekannten, mit dem er ein Restaurant aufsuchte. Dort offenbarte ihm dieser, daß er momentan kein Geld habe und seit einigen Tagen nichts geessen hätte. W. lehnte deshalb das Geld ab, gummte den Unbekannten dann versicherte, er werde sich noch Geld verdienen und ihm dann alles zurückzahlen. Auf dem Bootshafen ließ der Unbekannte einen Ketzel, ging dann mit W. nach der Fliegerkutsche und überwarf ihn dort den Ketzel mit dem Auto, um zu dem Fleischmeister Hubner zu tragen und das Geld in Empfang zu nehmen. W. lehnte dies jedoch ab und übergab den Ketzel zur Belohnung einem Schuhmacher. Auf dem Ketzel stand Hubner möchte heute ebenso nach dem Restaurant Schmidt für 5 M. Rabatte kündigen und dem Boot gleich 50 M. Wechselgeld mitgeben. Hubner hörte Verbot, sein Geselle ging dem Jungen nach und nahm W. fort. Beide zeugten, der Junge sowohl, als der Fleischergeselle, beobachteten den Sachthandels eines anderen Mannes, und die Darstellung des Angeklagten erschien insoweit glaubhaft. Als er aber mit dem Gesellen ging, wußte er einen anderen Ketzel weg, den der Sohne wieder aufnahm. Auf diesem Ketzel wurde ein Haarschmied um Übernahme von 50 Gold-Spararen und 20 M. Wechselgeld erachtet. Der Angeklagte leugnete, diesen Ketzel weggeworfen zu haben, wird aber durch die Zeugenaussage für überführt erachtet und zu einem Jahr Gefängnis verurteilt.

Militärstiefel und Schuhe

Touristenstiefel, Bergsteiger, verkauf: Rich. Nicolai, St. Archivstrasse.

Ziehung in Dresden vom 17.—21. September.

Geld-Lotterie

im Zwecken des Landesvereins vom Roten Kreuz im Königreich Sachsen.

10744 Goldgewinne, ohne Abzug mit Mark

173,000

Hauptgewinne:

40,000

20,000

10,000

5,000

etc. etc. etc.

Lose

4 2 Mark (Porto und Umsatz nach Ausgabe 30 Pf. mehr)

empfohlen und versendet

Alexander Hessel

Königl. Sachs. Lettner-Kollektion

Dresden, Weissegasse 1.

Verkaufsstellen überall

und durch Plakate kennlich.

Achtung!

Geprägt werden diese Worte, Sonnabend: Junge Landeswirte, Bd. 65 u. 70 Pf., f. Postkarte, Bd. 75 Pf. f. Postkarte, Blau- und Schwarzk. Bd. 80 Pf., sowie dicker, gerader, Spez. zu längsten Briefen, Dohna, Dresdenstrasse 1, Hinten.

Nur echte

Henkel's Bleich-Soda

gekennzeichnete

gibt u. hält blendend weiße Wäsche

Oberkriegsgericht

Um die Unteroffizierswürde. Ein alter Bekannter, der Unteroffizier Oscar Schmidt vom Leib-Grenadier-Regiment Nr. 100, jenseits einer einzigen Antlage gebaut. Er hatte gegen das Urteil des Kriegsgerichts des 1. Divisions Nr. 23 vom 1. August, das ihn zu 9 Monaten Gefängnis und Degradation verurteilte, Berufung eingelegt. Das heißt, gegen die Gefängnisstrafe nicht, sondern nur gegen die Degradation; es wollte demnach weiter "erziehen". Schmidt hatte in Münchhausen und Weimar unteroffizierliche Untergebenen einen Rekord aufgestellt und in jüngerer Zeit 148 einzelne Fälle geschulden lassen. In der Akteure baute er mit kleiner Schlägerei und war der Schreiter der Kompanie. Eine wahre Blütezeit unsäglicher Schimpfworte prasselte bei jeder Gelegenheit auf die Soldaten nieder und in sonstigen Fällen half er mit Schlägen, Püßen und Schönen nach. Wenn "erzielen" Schmidt, daß den Soldaten das Gewicht an den beladenen Schädel flog und die Funken aus dem Feuer sprangen. Einmal verbog sich dieser sogar infolge einer von dem schweigsamen Unteroffizier vorgenommenen "Korrektur". Und dieser Edle fühlte sich durch die Degradation an seiner Ehre getrankt. Die Gefängnisstrafe verbüßte er bereits seit dem 15. August. Das Oberkriegsgericht verwies die Berufung. Schmidt blieb also die Würde eines Unteroffiziers ein. Wegen Verleitung zum Meineid war er auch angeklagt gewesen, wurde aber freigesprochen.

Biebrich, 9. September. Von dem Personenzug Nr. 20 gestern abend 8 Uhr 35 Minuten von Langenbach-Wolbach nach Biebrich mit Sonntagsausfliegern fuhr, entgleiste bei der Kurve Ecke Hard der vorletzte Wagen infolge Bremsbruch. Nach dem entgleisten Tageblatt gelang es, den ziemlich langsam fahrenden Wagen zum Stehen zu bringen. Niemand wurde verletzt.

Koblenz, 9. September. Der vollbeladene Güterwagenbundeszug der Mannheimer Lagerhaus-Gesellschaft, der hier zwecks Beladen mit Holz fährt, plötzlich zum Stehen, indem der Dampfzylinder auf die Seite legte. Ein Matros wollte die Retuscharbeiten und bedrohte die Arbeiter mit einem Revolver. Er wurde verhaftet. Die Beladung des Dampfers konnte dieses verlassen. Im Maschinenraum fiel unter Wasser. Die Dampfkupplung hielt bis die Unterladung erst ergeben.

Gersfeld i. d. Rhön, 9. September. Durch Geschwindigkeit wurde ein Pappelbaum 4 Wohnhäuser und 14 Scheunen sowie viele Gebäude eingefüllt.

Boppard, 9. September. Im Tunnel der Neuburgbahn ereignete sich ein großer Feuersturm. Der Tunnel war aus einer kleinen Leistung ausgeschaltet. Glücklicherweise war zu Zeiten des Entzündens kein Arbeiter im Tunnel.

Berndorf, 9. September. Am Wasser der südtirolischen Wasserkraftanlage erfolgte eine gewaltige Explosion, als ein Industriekran eine brennende Lampe hinabstieg. Er wurde schwer verletzt und bald darauf.

Berndorf, 9. September. Das Automobil des Freiherrn von Both, Mitinhabers der bekannten Firmen Villacon u. Both, fuhr in Mettlach infolge Verlustes der Zündung gegen einen Baum. Frau Both und ihr Begleiter wurden durch die Scheiben geschleudert und schwer verletzt.

Briefkasten.

A. W. Das erfahren Sie im Stadthaus (Landhausstrasse) auf dem Amtsamt.

Jahrgänger Abonnement, Wöhlerstraße. 1. Die Frage ist unklar. Wenn die Rundung nach Vertrag oder Gesetz ausführbar wurde, ist sie gültig. Alle Folgen der Verweigerung der Namensdaten eingehaltenen Briefs hat der Mieter zu tragen, wenn die Rückfrage unrichtig erfolgt ist. 2. Eine Beschwerde über dieses Verhalten wäre an den Polizei- oder Wohlfahrtspolizei zu richten; wenn das ohne Erfolg bliebe, müßte der Wirt auf Einhaltung des Vertrags verklagt werden.

Central-Theater. Variété. Täglich Vorstellung.

Einlass 7½ Uhr. — Anfang 8 Uhr.

Sonntags nachmittags 3½ Uhr ermäßigte Preise.

Victoria-Salon.

Das grosse Eröffnungs-Programm.

Anfang 8 Uhr. — Sonntags 4 Uhr und 8 Uhr.

Tunnel-Kabarett: Anf. 8 Uhr. Sonntags 5 Uhr. Eintritt frei.

Plandgegenstände!

Berren- u. Damenkleider, Wäsche, Bettlen, Gold- und Silbersachen billig zu verkaufen. Sitzfuß 34, L. norm. 10—12½, nach 3—6 Uhr.

Herrenstücke sehr günstig, besonders für Dienstboten, nur Wäsche, Unterwäsche usw. zu kaufen.

Männer, Frauen verlangt Preisliste über bestellte Artikel gratis und frankt.

Fritz Schmucks Nachl., Torgau 4.

Talschenke Neuburg

werden Birnen a. Preis 40 Pf. net.

Herren- u. Damenwäschekoffer, Blumen, Strümpfe, Socken, Strümpfe, Strümpfe, Nähkästchen billig. Marktstraße 24. Paul Henkel.

Verloren

ist am Sonntag ein seltener Schal von Leinen, Satinattraße nach Gaffhof. Gegen Belohnung abzug. Leinen, Bahnhofstr. 17, 8.

Verloren

ist am Sonntag ein seltener Schal von Leinen, Satinattraße nach Gaffhof. Gegen Belohnung abzug. Leinen, Bahnhofstr. 17, 8.

Verloren

ist am Sonntag ein seltener Schal von Leinen, Satinattraße nach Gaffhof. Gegen Belohnung abzug. Leinen, Bahnhofstr. 17, 8.

Verloren

ist am Sonntag ein seltener Schal von Leinen, Satinattraße nach Gaffhof. Gegen Belohnung abzug. Leinen, Bahnhofstr. 17, 8.

Verloren

ist am Sonntag ein seltener Schal von Leinen, Satinattraße nach Gaffhof. Gegen Belohnung abzug. Leinen, Bahnhofstr. 17, 8.

Verloren

ist am Sonntag ein seltener Schal von Leinen, Satinattraße nach Gaffhof. Gegen Belohnung abzug. Leinen, Bahnhofstr. 17, 8.

Verloren

ist am Sonntag ein seltener Schal von Leinen, Satinattraße nach Gaffhof. Gegen Belohnung abzug. Leinen, Bahnhofstr. 17, 8.

Verloren

ist am Sonntag ein seltener Schal von Leinen, Satinattraße nach Gaffhof. Gegen Belohnung abzug. Leinen, Bahnhofstr. 17, 8.

Verloren

ist am Sonntag ein seltener Schal von Leinen, Satinattraße nach Gaffhof. Gegen Belohnung abzug. Leinen, Bahnhofstr. 17, 8.

Verloren

ist am Sonntag ein seltener Schal von Leinen, Satinattraße nach Gaffhof. Gegen Belohnung abzug. Leinen, Bahnhofstr. 17, 8.

Verloren

ist am Sonntag ein seltener Schal von Leinen, Satinattraße nach Gaffhof. Gegen Belohnung abzug. Leinen, Bahnhofstr. 17, 8.

Verloren

ist am Sonntag ein seltener Schal von Leinen, Satinattraße nach Gaffhof. Gegen Belohnung abzug. Leinen, Bahnhofstr. 17, 8.

Verloren

ist am Sonntag ein seltener Schal von Leinen, Satinattraße nach Gaffhof. Gegen Belohnung abzug. Leinen, Bahnhofstr. 17, 8.

Verloren

ist am Sonntag ein seltener Schal von Leinen, Satinattraße nach Gaffhof. Gegen Belohnung abzug. Leinen, Bahnhofstr. 17, 8.

Verloren

ist am Sonntag ein seltener Schal von Leinen, Satinattraße nach Gaffhof. Gegen Belohnung abzug. Leinen, Bahnhofstr. 17, 8.

Verloren

ist am Sonntag ein seltener Schal von Leinen, Satinattraße nach Gaffhof. Gegen Belohnung abzug. Leinen, Bahnhofstr. 17, 8.

Verloren

ist am Sonntag ein seltener Schal von Leinen, Satinattraße nach Gaffhof. Gegen Belohnung abzug. Leinen, Bahnhofstr. 17, 8.

Verloren

ist am Sonntag ein seltener Schal von Leinen, Satinattraße nach Gaffhof. Gegen Belohnung abzug. Leinen, Bahnhofstr. 17, 8.

Verloren

ist am Sonntag ein seltener Schal von Leinen, Satinattraße nach Gaffhof. Gegen Belohnung abzug. Leinen, Bahnhofstr. 17, 8.

Verloren

ist am Sonntag ein seltener Schal von Leinen, Satinattraße nach Gaffhof. Gegen Belohnung abzug. Leinen, Bahnhofstr. 17, 8.

Verloren

ist am Sonntag ein seltener Schal von Leinen, Satinattraße nach Gaffhof. Gegen Belohnung abzug. Leinen, Bahnhofstr. 17, 8.

Verloren

ist am Sonntag ein seltener Schal von Leinen, Satinattraße nach Gaffhof. Gegen Belohnung abzug. Leinen, Bahnhofstr. 17, 8.

Verloren

ist am Sonntag ein seltener Schal von Leinen, Satinattraße nach Gaffhof. Gegen Belohnung abzug. Leinen, Bahnhofstr. 17, 8.

Verloren

ist am Sonntag ein seltener Schal von Leinen, Satinattraße nach Gaffhof. Gegen Belohnung abzug. Leinen, Bahnhofstr. 17, 8.

Verloren

ist am Sonntag ein seltener Schal von Leinen, Satinattraße